

Inhaltsverzeichnis

bezirksbezogene Anträge	1
A03/I/2018 AfA Mitte Durchführung einer KDV mit dem Themeninhalt – „Forderungen der SPD an die Arbeitswelt von heute“ <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)</i>	1
A15/I/2018 Abt. 05 (Tiergarten-Süd) Bearbeitungszeiten im Standesamt Mitte verkürzen! <i>Annahme (K)</i>	2
Ä1 zum A15/I/2018 Abteilung 3 Seite 2, Zeile 12, Ergänzen	3
A17/I/2018 Jusos Mitte, ASF Mitte Sexismus innerparteilich bekämpfen: Einführung der Anti-Sexismus-Kommission auf Kreisebene! <i>Überweisung an: Kreisvorstand (K)</i>	3
A19/I/2018 Jusos Mitte Ein neuer Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten in Berlin <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)</i>	11
Ä zum A19/I/2018 Abteilung 3 Seite 12, Zeile 2, Ändern	12
Anträge an den Landesparteitag	13
A02/I/2018 Abteilung 02 (Alexanderplatz) Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)</i>	16
A04/I/2018 Abt. 15 (Gesundbrunnen) Änderungsantrag zum Impulspapier: Sicherheitspolitik in Berlin <i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)</i>	16
A05/I/2018 Abt. 08 (Alt-Moabit) Höhere Sicherheit und Senkung von Schadstoff- und Lärmbelastung: Tempo 30 auch tagsüber in der gesamten Levetzowstraße <i>Annahme (K)</i>	17
Ä1 zum A05/I/2018 Abteilung 3 Seite 17, Zeile 22, Streichen	18
A06/I/2018 Abt. 15 (Gesundbrunnen) Zum Schutz Aller – Impfquoten erhöhen <i>wird nachgereicht</i>	18
Ä1 zum A06/I/2018 Abteilungen 15 & 16 Seite , Zeile komplett, Ändern	20
A07/I/2018 Abt. 15 (Gesundbrunnen) Sozialverträgliche Entsorgungsmöglichkeiten für Sperrmüll schaffen <i>Annahme (K)</i>	22
A08/I/2018 Abt. 08 (Alt-Moabit) Ein Zeichen für die Demokratie setzen: 9. November als gesetzlicher Feiertag in Berlin <i>Annahme (Kein Konsens)</i>	23
A09/I/2018 Abt. 07 (Bellevue) Europatag zum Feiertag werden lassen! <i>Ablehnung (Kein Konsens)</i>	25

A10/I/2018	Abt. 07 (Bellevue)	
Vermeidung von Doppelfunktionen		
<i>Ablehnung (Kein Konsens)</i>		26
Ä1 zum A10/I/2018	Abteilung 3	
Seite 24, Zeile 11, Ändern		
.		27
A11/I/2018	ASF Mitte	
§ 219a StGB jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung		
<i>Erledigt (K)</i>		27
Ä1 zum A11/I/2018		
Seite , Zeile komplett, Ändern		
.		29
A12/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Streichung §219a StGB		
<i>Erledigt (K)</i>		29
A13/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Kleinere Geburtskliniken nicht schließen!		
<i>Annahme (K)</i>		29
A14/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impfpflicht in Deutschland einführen!		
<i>wird nachgereicht</i>		31
Ä1 zum A14/I/2018	Abteilung 15 & 16	
Seite , Zeile komplett, Ändern		
.		32
A16/I/2018	Jusos Mitte	
Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkohleausstieg schrittweise einleiten!		
<i>Annahme (K)</i>		34
A18/I/2018	Jusos Mitte	
“Mein Körper geht nur mich etwas an!": Stop Fatshaming!		
<i>wird nachgereicht (Gespräch mit Antragsteller)</i>		39
Ä1 zum A18/I/2018	Jusos Mitte	
Seite , Zeile komplett, Ändern		
.		45
A20/I/2018	Jusos	
Weg mit § 219a – Für medizinische Informationsfreiheit und die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung		
<i>Annahme (K)</i>		48
Ä1 zum A20/I/2018	Jusos Mitte	
Seite , Zeile komplett, Ändern		
.		49
Initiativanträge		51
A21/I/2018	Mitte der KDV auf Vorschlag der Abteilungen 16 & 23	
Bevor die Anna-Lindh-Grundschule kollabiert: Grenzen für die Kapazitätserweiterung setzen, Schulprofil erhalten und einen Neubaustandort finden!		
.		51
A22/I/2018	Mitte der KDV auf Vorschlag der Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Wahlkampf türkischer Politiker*innen in Deutschland grundrechtskonform gestalten!		
.		52
A23/I/2018	Mitte der KDV	
Für die Familienzusammenführung – gegen weitere Hürden		
.		54

bezirksbezogene Anträge

1 **A03/I/2018**

2 **AfA Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Durchführung einer KDV mit dem Themeninhalt –**
6 **„Forderungen der SPD an die Arbeitswelt von heute“**

7 Im Herbst 2018 führt die SPD eine Kreisdelegierten-
8 versammlung durch, die unter dem Hauptthema
9 „Arbeit“ steht. Dies bedeutet, dass neben geeigneten
10 Gastredner*innen, wenn möglich ausschließlich An-
11 träge zu diesem Themenbereich diskutiert werden.
12 Der geschäftsführende Kreisvorstand organisiert die
13 KDV in Absprache mit dem Kreisvorstand der AfA
14 Mitte. Die AfA Mitte wird mit der Einbringung eines
15 Leitanteses beauftragt dabei inhaltliche Vorschläge
16 aus den anderen Arbeitsgemeinschaften und den
17 Abteilungen zu berücksichtigen. Die Abteilungen und
18 Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen ebenfalls in
19 Vorbereitung auf die KDV ebenfalls themenspezifische
20 Anträge zu schreiben.

21

22 **Begründung**

23 Auf den vergangenen KDV ´en lag der Focus auf orga-
24 nisatorische Aspekte. In Folge dessen ist die inhaltliche
25 Debatte zu kurz kommen. Daher wäre der Herbst 2018
26 günstig für eine „inhaltliche“ KDV, wie sie bereits in
27 der Vergangenheit, z.B. zum Thema Digitalisierung,
28 stattgefunden hat.

29 Die SPD muss, auch als einstige „Arbeiterpartei“, sich
30 wieder stärker positionieren, um ihre Wähler*innen aus
31 der Arbeiterschaft zurückzugewinnen. Dies zeigt u. a.
32 die Debatte zur Arbeitszeitregulierung – mit der For-
33 derung der Arbeitgeber*innen der Abschaffung des 8-
34 Stunden-Tages. Gerade für Berufsanfänger*innen sind
35 auch öffentliche Diskussionen über die Ansprüche an ei-
36 ne gute Arbeit wichtig wie u.a. Befristungen, Tarifbin-
37 dung. Hierfür ist es unumgänglich die Meinung in der
38 Partei zu bündeln, Klarheit zu schaffen und die mora-
39 lischen Grundpfeiler unserer heutigen sozialen Markt-
40 wirtschaft zu klären und zu erneuern. Auch die Be-
41 reitschaft der Parteimitglieder und der (jungen) Arbeit-
42 nehmerinnen und Arbeitnehmer zur Teilnahme in der
43 Gewerkschaftsbewegung ist zu fördern. Daher soll die
44 KDV genutzt werden Verbindungen zu den örtlichen
45 Gewerkschaften auszubauen und einen Impuls für eine
46 zukünftig intensivierte Zusammenarbeit setzen.

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Im Herbst 2018 führt die SPD eine Kreisdelegier-
tenversammlung durch, die unter dem Hauptthema
„Arbeit“ steht. Dies bedeutet, dass neben geeigneten
Gastredner*innen, vorrangig Anträge zu diesem The-
menbereich diskutiert werden. Der geschäftsführende
Kreisvorstand organisiert die KDV in Absprache mit der
AfA Mitte. Die AfA Mitte wird mit der Einbringung eines
Leitanteses beauftragt dabei inhaltliche Vorschläge
aus den anderen Arbeitsgemeinschaften und den
Abteilungen zu berücksichtigen. Die Abteilungen und
Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen ebenfalls in
Vorbereitung auf die KDV ebenfalls themenspezifische
Anträge zu schreiben.

1 **A15/I/2018**

2 **Abt. 05 (Tiergarten-Süd)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Bearbeitungszeiten im Standesamt Mitte verkürzen!**

6 Die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion in der
7 Bezirksverordnetenversammlung Mitte, das sozialde-
8 mokratische Mitglied des Bezirksamts Mitte sowie die
9 Mitglieder der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordne-
10 tenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des
11 Berliner Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwir-
12 ken, dass die Bearbeitungsdauer für Erstaussfertigungen
13 von Geburtsurkunden umgehend beschleunigt wird,
14 damit die Bearbeitung der Geburtsurkunde innerhalb
15 von zwei Wochen nach Antragstellung gewährleistet
16 ist.

17

18 **Begründung**

19 Eltern stehen nach der Geburt ihres Kindes vor zahl-
20 reichen Herausforderungen. Neben der Aufgabe, das
21 Familienleben neu zu strukturieren, kommen für die
22 jungen Familien finanzielle Mehrbelastungen hinzu
23 und Einkommensverluste müssen ausgeglichen wer-
24 den. Um diesen Familien das Leben zu erleichtern,
25 wurden in Deutschland finanzielle Leistungen wie
26 z.B. das Mutterschaftsgeld, das Kindergeld und das
27 Elterngeld Plus eingeführt.

28 Um Anträge für diese Leistungen zu stellen, ist die Ge-
29 burtsurkunde des Kindes unerlässlich. Eine Geburtsur-
30 kunde in Original-Ausfertigung ist außerdem für die
31 Aufnahme in die Familienversicherung notwendig. Ei-
32 ne verzögerte Ausstellung der Geburtsurkunde bedeu-
33 tet, dass Eltern diese Leistungen erst mit deutlicher Ver-
34 spätung erhalten. Im Falle des Elterngeldes kommt hin-
35 zu, dass dieses nur 3 Monate rückwirkend erstattet wird
36 und die Bearbeitung durch die Behörde ca. 5 Wochen
37 in Anspruch nimmt. Gerade für Familien mit einem ge-
38 ringen Einkommen oder für Alleinerziehende, die auf
39 kein anderes Familieneinkommen zurückgreifen kön-
40 nen, kann das zu einer existenziellen Situation führen.

41 Wie der Tagesspiegel am 16.02.2018 berichtete, ist die-
42 ser Zustand im Bezirk Mitte eine Ausnahme. „Zur Zeit
43 fehlt noch rund 600 Familien in Mitte das wichtige Do-
44 kument [...]. Zum Vergleich: In Tempelhof-Schöneberg
45 gibt es keine Rückstände, in Pankow durchschnittlich
46 80 bis 100 Fälle, in Lichtenberg 220. In Charlottenburg-
47 Wilmersdorf waren zum Stichtag 15. Januar noch 40
48 Vorgänge in Bearbeitung.“

49 Als eine soziale Partei kann die SPD nicht weiter zuse-
50 hen, wie im Bezirk Berlin Mitte Eltern durchschnittlich
51 acht Wochen auf den Erhalt der Geburtsurkunde war-
52 ten müssen. Der Mutterschutz nach der Geburt beträgt
53 acht Wochen. Somit kann Mutterschaftsgeld für die Zeit
54 nach der Geburt erst beantragt werden, wenn der Mut-
55 terschutz bereits um ist. Diese Situation ist untragbar.

Annahme (K)

-
- 1 **Ä1 zum A15/I/2018**
2 **Abteilung 3**
3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
4
5
6 **Seite 2, Zeile 12, Ergänzen**
7 Ergänze hinter „dass die Bearbeitungsdauer für“: „die
8 Ausstellung von Urkunden aller Art, insbesondere der“

-
- 9 **A17/I/2018**
10 **Jusos Mitte, ASF Mitte**
11 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
12
13 **Sexismus innerparteilich bekämpfen: Einführung der**
14 **Anti-Sexismus-Kommission auf Kreisebene!**
15 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grund-
16 werte und der Kompass für das Handeln von Sozial-
17 demokratinnen und Sozialdemokraten. Als Sozialdemo-
18 kratinnen und Sozialdemokraten stehen wir für einen
19 Gesellschaftsentwurf, indem jeder Mensch die gleiche
20 Würde und die gleiche Freiheit hat selbstbestimmt zu
21 leben. Sollte es zur Einschränkung der Freiheit oder
22 Benachteiligung des Einzelnen aufgrund seiner Her-
23 kunft, seines sozialen Standes, der Hautfarbe, des Ge-
24 schlechts, der sexuellen Orientierung, der Religionszu-
25 gehörigkeit, der körperlichen Verfassung oder des Alters
26 kommen, ist es die politische Pflicht der Sozialdemo-
27 kratie Ungleichheiten zu überwinden, um die gleiche
28 Freiheit und gleiche Gerechtigkeit jedes Individuums zu
29 gewährleisten. Leider begegnet uns Diskriminierung in
30 unterschiedlicher Form und Ausprägung tagtäglich. Vor
31 allem Sexismus als eine Form der Diskriminierung ist in
32 unserer Gesellschaft und im politischen Tagesgeschäft
33 seit jeher zu beobachten. Diskriminierung in all ihren
34 Formen und Ausprägungen hat in unserer Partei und
35 in unserem Kreis keinen Platz! Wir dulden keine Form
36 von Diskriminierung und akzeptieren auch keinerlei Se-
37 xismus, weder gesamtgesellschaftlich, noch im politi-
38 schen Tagesgeschäft. Sie ist mit unseren sozialdemokra-
39 tischen Grundsätzen nicht vereinbar! Die Bekämpfung
40 sexistischer und diskriminierender Muster beginnt für
41 uns im eigenen Kreis und ist Aufgabe jeder Genossin
42 und jedes Genossen. Es ist unsere moralische Pflicht die
43 SPD und vor allem die SPD Berlin-Mitte zu einem diskri-
44 minierungsfreien und anti-sexistischen (Schutz-)Raum
45 zu gestalten.
46 **Was ist Sexismus?**
47 Sexismus ist eine aus dem Englischen kommende Paral-
48 lelbildung von Rassismus. Der Begriff beschreibt die Dis-
49 kriminierung oder Unterdrückung von Menschen auf-
50 grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit.
51 Ursache dafür ist der Wegfall bestehender Bezugspunk-
52 te, der Identitätsprobleme und Ängste von der Destabi-

Überweisung an: Kreisvorstand (K)

1 lisierung der Geschlechtsidentitäten hervorruft. Sexis-
 2 mus ist somit immer ein wirksames Mittel, um einen
 3 Machtanspruch gegenüber Menschen oder einer Men-
 4 schengruppe durchzusetzen.

5 In der Psychologie wird Sexismus als Aufrechterhal-
 6 tung festgeschriebener, ungleicher und diskriminieren-
 7 der Rollenzuschreibungen von Frauen und Männern de-
 8 finiert. Sie bezieht sich auf die geschlechtsspezifische
 9 Verhaltensmuster und auf die stereotype Benachteilig-
 10 ung oder Bevorzugung von Menschen aufgrund ihres
 11 Geschlechts.

12 Die Soziologie betont hingegen den strukturellen As-
 13 pekt des Sexismus. Hierbei ist Sexismus kulturell be-
 14 dingt und institutionell verankert. Sie geht auf die struk-
 15 turellen Mechanismen eines diskriminierenden Gesell-
 16 schaftssystems ein. Zugleich analysiert sie das Ineinan-
 17 dergreifen von Sexismus mit anderen intersektionellen
 18 Unterdrückungsformen, wie der Herkunft, des sozialen
 19 Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen
 20 Orientierung, der Religionszugehörigkeit, der körperli-
 21 chen Verfassung oder des Alters. Im feministischen Dis-
 22 kurs wird es bereits als Sexismus betrachtet, wenn man
 23 von anderen erwartet oder verlangt, dass sie bestimm-
 24 te Geschlechternormen verkörpern. Verwandt mit die-
 25 sem Ansatz ist die Diskussion um die Diskriminie-
 26 rung von homosexuellen Menschen, Trans*menschen,
 27 inter*sexuellen Menschen und Menschen, die nicht in
 28 das binäre Geschlechterkonzept passen.

29 **Manifestation sexistischen Verhaltens**

30 Sexistisches Benehmen beinhaltet jede Verhaltenswei-
 31 se gegenüber Personen und Personengruppen mit sexu-
 32 ellem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht
 33 ist, die Personen aufgrund ihres Geschlechts herabwür-
 34 digen und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen*, Män-
 35 nern* und queeren* Menschen als gleichwertige Diskus-
 36 sionspersonen zur Konsequenz hat. Dazu gehören vor
 37 allem:

- 38 • anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkun-
 39 gen gegenüber einer Person oder Personengruppe
- 40 • sexistische Sprüche und Witze
- 41 • Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterher-
 42 pfeifen
- 43 • unerwünschte Telefon-/ Videoanrufe, Briefe, E-
 44 Mails, SMS, Chatnachrichten, Privatnachrichten in
 45 sozialen Medien mit zumindest latent sexuellen Be-
 46 zug
- 47 • Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von
 48 sexistisch-pornografischem Material
- 49 • unerwünschte Körperkontakte und wiederholt auf-
 50 dringliches Verhalten
- 51 • Annäherungsversuche, die mit Versprechen von
 52 Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einherge-
 53 hen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen
 54 in diesem Zusammenhang
- 55 • Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen
- 56 • Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Ver-
 57 gewaltigung.

58 **In der SPD Berlin-Mitte hat Sexismus keinen Platz!**

59 Sexistisches und herabwürdigendes Verhalten jeglicher

1 Art, auch unter Mehrfachdiskriminierung, hat in der
 2 SPD Berlin-Mitte nichts zu suchen und wird von uns
 3 weder geduldet noch akzeptiert! Der Kampf gegen Sex-
 4 ismus ist Aufgabe jeder Genossin und jedes Genos-
 5 sen im politischen Alltagsgeschäfts. Dies beginnt bei
 6 der selbstkritischen Reflexion des eigenen Vorgehens
 7 sowie Umgangs mit anderen und beinhaltet nicht zu-
 8 letzt auch, dass das Auftreten sexistischen Verhaltens
 9 als solches identifiziert und angesprochen wird. Von uns
 10 allen muss ein Gesprächs- und Arbeitsklima geschaffen
 11 und aufrecht erhalten werden, dass sexistische Bemerk-
 12 ungen nicht als Gruppenverhalten legitimiert, sondern
 13 nicht duldet und Betroffene schützt.

14 Einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Sexis-
 15 mus leistet die politische Bildungsarbeit. Durch die
 16 zur Verfügung gestellten Bildungsangebote, sollen den
 17 Genoss*innen die Grenzen des Sexismus deutlich ge-
 18 macht werden. Wichtige Bausteine hierfür bilden vor
 19 allem die vor Ort stattfindenden Neumitgliedersemi-
 20 nare, Mitgliederversammlungen, Abteilungssitzungen,
 21 Vorstandssitzungen und Seminare zur politischen Schu-
 22 lung oder Weiterbildung.

23 **Die Anti-Sexismus-Kommission**

24 Die Anti-Sexismus-Kommission ist ein unabhängiges
 25 Gremium, dass bei der politischen Bildungsarbeit und
 26 der Bekämpfung von Sexismus in der SPD Berlin-Mitte
 27 eine entscheidende Rolle einnehmen wird. Sie wird auf
 28 der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte
 29 für zwei Jahre gewählt. Die Kreisdelegiertenversamm-
 30 lung (KDV) legt die Zusammensetzung der Kommission
 31 fest. Bei der Wahl der Kommissionsmitglieder achtet die
 32 KDV darauf, dass Frauen* und Männer* gleichermaßen
 33 vertreten sind. Die Kommissionsmitglieder müssen fol-
 34 gende Anforderungen erfüllen:

- 35 • Die Mitglieder der Anti-Sexismus-Kommission dür-
 36 fen nicht dem Kreisvorstand der SPD Berlin-Mitte
 37 angehören. Es ist wünschenswert, dass sie mög-
 38 lichst unabhängig sind und keine Doppelämter in-
 39 nehben. Die Kommission soll ausgewogen aus aktu-
 40uell aktiven, ehemals und weniger aktiven Mitglie-
 41 dtern besetzt werden, die die Vielfalt des Kreises
 42 widerspiegeln. Voraussetzung ist, dass die Mitglie-
 43 der die Strukturen des Kreises und darüber hinaus
 44 die Strukturen der gesamten SPD kennen. Bereits
 45 zu ihrer Wahl sollen die Mitglieder über Gender-
 46 und Vermittlungskompetenzen verfügen. Im Ideal-
 47 fall weisen sie auch über Kenntnisse der Mediation
 48 auf.
- 49 • Neben Sexismus müssen den Mitgliedern weitere
 50 Formen von Diskriminierung bekannt sein.
- 51 • Das Gremium wird vom Kreisvorstand und Kreis-
 52 büro unter strenger Wahrung ihrer Unabhängigkeit
 53 unterstützt. Insbesondere zählen hierzu die Finan-
 54 zierung ihrer politischen Arbeit, ihrer Öffentlich-
 55 keitsarbeit und die Vorbereitung sowie Organisati-
 56 on von Weiterbildungsmaßnahmen im Kreis, in den
 57 Abteilungen, in den Arbeitsgemeinschaften und -
 58 kreisen.

59 **Aufgaben und Umgang bei innerparteilichen Vorfällen**

1 Grundsätzlich werden alle Personen, die sich an die
2 Kommissionsmitglieder wenden, von diesen respektiert
3 und ernst genommen. Alles was an die Kommissions-
4 mitglieder herangetragen wird, obliegt der Schweige-
5 pflicht.

6 Die Aufgaben der Anti-Sexismus-Kommission lassen
7 sich in zwei Aufgabenbereiche untergliedern:

- 8 • Als Expertin und Ansprechperson steht sie zum ei-
9 nen der gesamten SPD Berlin-Mitte bei der Sensi-
10 bilisierungsarbeit vor Ort zur Verfügung. Kontinu-
11 uerlich arbeitet sie an der Ausarbeitung von Maß-
12 nahmen zur Bekämpfung von Sexismus und se-
13 xistischem Verhalten. Über ihre öffentliche Arbeit
14 berichtet sie halbjährlich dem geschäftsführenden
15 Kreisvorstand.
- 16 • Wenn es im Kreis zu sexistischen und mehrfach
17 diskriminierenden Vorfällen kommt, steht die Anti-
18 Sexismus-Kommission zum anderen Betroffenen
19 als vertrauliche Anlaufstelle zur Verfügung. Das
20 Gremium unterstützt die Betroffenen mit dem Ziel,
21 die unerwünschte(n) Verhaltensweise(n) sofort zu
22 unterbinden. Wenn die Betroffenen es wünschen
23 und es die Umstände zulassen, bemüht sich die
24 Kommission um ein vermittelndes Gespräch, um
25 Verhaltensänderungen herbeizuführen und Miss-
26 verständnisse auszuräumen. Zudem informiert das
27 Gremium die Betroffenen über mögliche weitere
28 Schritte. Die betroffene Person oder die Personen-
29 gruppe allein entscheidet darüber, ob es ein Verfah-
30 ren gibt und auf welche Art und Weise dieses einge-
31 leitet werden soll. Jede Entscheidung, die von den
32 Betroffenen gefällt wird, wird von den Mitgliedern
33 der Kommission akzeptiert und respektiert. Dar-
34 über hinaus ist es möglich, dass Betroffene einem
35 Kommissionsmitglied ihres Vertrauens ihren Vorfall
36 mitteilen – ohne dass die gesamte Anti-Sexismus-
37 Kommission von dem Vorfall erfährt.

38 **Aufgaben und Pflichten des Kreisvorstandes**

- 39 • Vor jeder Wahl muss der Kreisvorstand der SPD
40 Berlin-Mitte eine Vorstellungsrunde organisieren,
41 in der die Kandidierenden sich im gesamten Kreis
42 um ihr Vertrauen werben.
- 43 • Unter strenger Wahrung ihrer Unabhängigkeit,
44 wird der Kreisvorstand und das Kreisbüro die Anti-
45 Sexismus-Kommission unterstützen. Insbesondere
46 zählen hierzu die Finanzierung ihrer politischen Ar-
47 beit, ihrer Öffentlichkeitsarbeit und die Organisati-
48 on und Durchführung von Schulung- und Weiterbil-
49 dungsmaßnahmen für den gesamten Kreis.
- 50 • In den ersten drei Monaten nach der Wahl, wird den
51 Kommissionsmitgliedern vom Kreisbüro eine exter-
52 ne Schulung bereitgestellt. Die Maßnahme soll die
53 Mitglieder bei der Erarbeitung ihrer politischen Ar-
54 beit unterstützen. Zudem soll sie die Mitglieder da-
55 zu befähigen, Schulungs- und Weiterbildungsange-
56 bote für die Gliederungen des Kreises zu entwerfen.
- 57 • Neben der Anti-Sexismus-Kommission ist es die
58 Pflicht des Kreisvorstands Sexismus sowie sexisti-
59 sches Verhalten innerparteilich zu bekämpfen. Der

1 Kreisvorstand muss seinen Gliederungen mit Bei-
2 spiel voran gehen und innerhalb von sechs Mo-
3 naten nach der Wahl des Gremiums, einen anti-
4 sexistischen Sensibilisierungskurs absolvieren.
5 • Daneben ermutigt und unterstützt der Kreisvor-
6 stand seine Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften
7 und Arbeitskreise mit Rat und Tat bei der anti-
8 sexistischen Aufklärungsarbeit vor Ort unterstüt-
9 zen.

10 **Innerparteiliche Kommunikation der SPD Mitte zum** 11 **Umgang mit Sexismus und sexueller Belästigung**

12 **§1 Zielsetzung**

13 Die innerparteiliche Kommunikation hat zum Ziel, alle
14 Mitglieder der SPD Berlin-Mitte in ihrer Würde und per-
15 sönlichen sowie körperlichen Unversehrtheit zu schüt-
16 zen. Sexuelle Belästigung verletzt die Würde und die
17 Freiheit einer Person oder einer Personengruppe und
18 wird in der SPD Berlin-Mitte nicht geduldet. Sexismus,
19 sexuelle Belästigung und weitere Formen der Diskri-
20 minierung behindern die Chancengleichheit in der po-
21 litischen Arbeit und beeinträchtigen die Freiheit, das
22 Engagement, die Zusammenarbeit und die politische
23 Arbeit. Ziel der innerparteilichen Kommunikation ist
24 es, eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie
25 Diskussions- und Gesprächsgrundlage für alle Mitglie-
26 der unabhängig von Geschlecht oder sexueller Neigung
27 zu gewährleisten.

28 **§2 Geltungsbereich**

29 (1) Die innerparteiliche Kommunikation gilt innerhalb
30 der SPD Berlin-Mitte im Rahmen der politischen Arbeit
31 und dem gesamtgesellschaftlichen Miteinander. Sie ist
32 Teil der Politikkultur der SPD.

33 (2) Alle Mitglieder der SPD Berlin-Mitte sind dazu aufge-
34 fordert, die persönlichen Grenzen im zwischenmensch-
35 lichen Kontakt, auf die Personen Anspruch erheben, zu
36 respektieren. Zugleich sollen Mitglieder, die sich sexu-
37 ell belästigt oder in sexualisierter Weise mehrfach dis-
38 kriminieren fühlen, ermutigt werden, der belästigenden
39 Person unmissverständlich ihr Unbehagen zu zeigen
40 und damit selbst Grenzen zu setzen.

41 **§3 Definition**

42 (1) Als sexuelle Belästigung gilt jede Verhaltenswei-
43 se mit sexuellem Bezug, die seitens der betroffenen
44 Person oder der betroffenen Personengruppe uner-
45 wünscht ist, die Person(en) aufgrund ihres Geschlechts
46 (z. B. Bei Frauen, Trans*menschen, inter*sexuelle Men-
47 schen, Männern) oder ihrer sexuellen Orientierung (z. B.
48 Homo-, Bi-, oder Asexualität) herabgewürdigt und/oder
49 eine Nichtakzeptanz als gleichwertige Diskussions- und
50 Gesprächspersonen impliziert.

51 (2) Sexuelle Belästigungen definiert die SPD Berlin-
52 Mitte wie folgt:

- 53 1. anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkun-
54 gen gegenüber der betroffenen Person oder einer
55 betroffenen Personengruppe,
- 56 2. sexistische Sprüche und Witze,
- 57 3. Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterher-
58 pfeifen,
- 59 4. unerwünschte Telefon-/ Videoanrufe, Briefe, E-

- 1 Mails, SMS, Chatnachrichten, Privatnachrichten in
 2 sozialen Medien mit zumindest latent sexuellen Be-
 3 zug,
 4 5. Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von
 5 sexistisch-pornografischem Material,
 6 6. unerwünschte Körperkontakte und wiederholt auf-
 7 dringliches Verhalten,
 8 7. Annäherungsversuche, die mit Versprechen von
 9 Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einherge-
 10 hen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen
 11 in diesem Zusammenhang,
 12 8. Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen,
 13 9. Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Ver-
 14 gewaltigung.

15 (3) Sexualisierte Mehrfachdiskriminierung ist die Kom-
 16 bination von Sexismus und sexueller Belästigung mit
 17 weiteren intersektionellen Diskriminierungsarten wie
 18 aufgrund der Herkunft, des sozialen Standes, der Haut-
 19 farbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung,
 20 der Religionszugehörigkeit, der körperlichen Verfassung
 21 oder des Alters.

22 **§4 Innerparteiliche Prävention und Schulungsmaßnah-** 23 **men**

24 Es ist anzustreben, dass alle Mitglieder im Kreis über
 25 die Selbstverpflichtung Kenntnis haben. Dafür soll über
 26 die Selbstverpflichtung u.a. auf Neumitgliedersemina-
 27 ren, Abteilungssitzungen, Vorstandssitzung und Semi-
 28 nare zur politischen Schulung und Weiterbildung infor-
 29 miert werden. In der politischen Arbeit der SPD Berlin-
 30 Mitte ist darauf zu achten, dass die gesellschaftlichen
 31 Ursachen für Sexismus und sexualisiertem Verhalten
 32 diskutiert werden und der Kampf dagegen Bestandteil
 33 der Politik der SPD Berlin-Mitte ist. Zum anderen müs-
 34 sen die Mitglieder für die Problemfelder Sexismus, se-
 35 xualisiertem Verhalten und Mehrfachdiskriminierung
 36 sensibilisiert werden. Es muss daran gearbeitet werden,
 37 ein innerparteiliches Arbeitsklima zu schaffen, in dem
 38 Sexismus und sexualisiertes Verhalten, auch in Verbin-
 39 dung mit Mehrfachdiskriminierung, keinen Platz haben.
 40 Dabei spielen Veranstaltungen mit präventivem Inhalt
 41 und thematische Veranstaltungen eine entscheidende
 42 Rolle. Der Kreisvorstand legt neben dem Rechenschafts-
 43 bericht alle zwei Jahre einen Gleichstellungsbericht vor.

44 **§5 Kommission**

45 Es wird eine Kommission von Vertrauenspersonen ge-
 46 bildet.

- 47 a) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 48 nern*), die dem Kreisvorstand nicht angehören,
 49 b) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 50 nern*), die dem Kreisvorstand nicht angehören und kei-
 51 ne Doppelämter innehaben,
 52 c) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 53 nern*); sie kann auf maximal zwei weitere Mitglieder
 54 erweitert werden,

55 Klausel: Diese Klausel tritt nur dann ein, wenn 1. Men-
 56 schen, die sich nicht im Rahmen der binären Geschlech-
 57 terordnung definieren, der Kommission angehören wol-
 58 len; oder wenn 2. die Parität (drei Frauen* und drei Män-
 59 nern*) der Kommission gewährleistet werden kann.

- 1 d) aus **fünf Mitgliedern** (zwei Frauen*, ein Cis-Mann und
2 ein Mensch, der sich nicht im Rahmen der binären Ge-
3 schlechterordnung definiert, der Kommission angehö-
4 ren will).
- 5 Klausel: Diese Klausel kann nur dann eintreten, wenn
6 bereits eine Frau*, ein Cis-Mann und ein Mensch, der
7 sich im Rahmen der binären Geschlechterordnung nicht
8 definiert, in die Kommission gewählt wurden. In einem
9 weiteren Wahlgang muss die KDV zusätzlich eine wei-
10 tere Frau* wählen.
- 11 Nachdem die Zusammensetzung der Kommission fest-
12 gelegt wurde, ernennt allein die Kreisdelegiertenver-
13 sammlung die Kommissionsmitglieder.
- 14 Aufgaben der Kommission sind folgende:
- 15 1. vertrauliche Anlaufstelle für eine Person oder eine
16 Personengruppe, die sich belästigt fühlt oder füh-
17 len,
 - 18 2. die strenge Wahrung ihrer Schweigepflicht und Un-
19 abhängigigkeit gegenüber dem Kreisvorstand
 - 20 3. vertrauliches Verfahren zur Klärung der Vorfälle
21 einzuleiten. Dabei ist anzumerken, dass allein die
22 betroffene Person oder die Personengruppe dar-
23 über Allein die betroffene Person oder die Perso-
24 nengruppe entscheidet darüber, ob es ein Verfah-
25 ren gibt und auf welche Art das vertrauliche Verfah-
26 ren eingeleitet werden soll.
 - 27 4. die verbindliche Teilnahme an mindestens ei-
28 ner durch den Kreis zu finanzierende externe
29 Weiterbildung- und Schulungsmaßnahme inner-
30 halb von drei Monaten nach der Wahl durch die
31 Kreisdelegiertenversammlung,
 - 32 5. die Bekanntmachung der Kommission in der SPD
33 Berlin-Mitte erfolgt, indem die Mitglieder
- 34 a) sich persönlich in einem Vortrag vor Ort bei den Abtei-
35 lungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen vor-
36 stellen, über seine*ihre Arbeitsweise und über Sexis-
37 mus in ihren verschiedenen Ausprägungen aufführen,
38 Bewusstsein schaffen, Berührungspunkte nehmen und
39 ihre Kontaktdaten bekannt geben.
- 40 b) auf Anfrage der Gliederungen des Kreises diese bei
41 ihrer Arbeit vor Ort unterstützen,
- 42 c) auf Kreisdelegiertenversammlungen einen Informa-
43 tionsstand der Kommission betreuen, eine Vorstel-
44 lungsrede für die Kommission halten, Informationsma-
45 terial zu ihrer Bildungsarbeit und darin Beispiele für Se-
46 xismus erarbeiten, der dem gesamten Kreis und Neu-
47 mitgliedern zur Verfügung gestellt werden,
- 48 d) online über eine Webpage verfügen, die auf den In-
49 ternetseiten der SPD Berlin-Mitte im Menüreiter „Über
50 uns“ angeordnet ist, die sie eigenständig pflegen,
- 51 e) ihre öffentlichen Kontaktdaten aktuell halten oder
52 bei Änderungen den gesamten Kreis darüber in Kennt-
53 nis setzen.
- 54 1. auf Anfrage der Austausch mit und die Beratung
55 von anderen Kreisen oder Landesebenen der SPD,
 - 56 2. dem geschäftsführenden Kreisvorstand halbjähr-
57 lich Rechenschaft über ihre öffentliche Bildungsar-
58 beit abzulegen,
 - 59 3. alle zwei Jahre dem geschäftsführenden Kreisvor-

1 stand Bericht erstatten über die Anzahl der Fälle
2 aufgeschlüsselt anhand der vorgenommenen Kate-
3 gorisierung in § 3 Abs. (2).

4 **§6 Verfahren zur Klärung von Vorfällen**

5 (1) Ein Mitglied, dass sich sexuell belästigt fühlt, kann
6 bei der Kommission oder einem Kommissionsmitglied
7 ihres Vertrauens ein Verfahren beantragen. Der Antrag
8 ist schriftlich oder zur Niederschrift durch ein Mitglied
9 der Kommission und begründet einzureichen.

10 (2) Die Kommission entscheidet über die Einleitung ei-
11 nes Verfahrens. Ein Antrag kann nur abgelehnt werden,
12 wenn

- 13 1. er nicht offensichtlich begründet ist,
- 14 2. die strafrechtliche Relevanz der Vorwürfe die
15 Einschaltung der Staatsanwaltschaft erforderlich
16 macht.

17 Im Falle der Ablehnung nach § 6 Abs. (2), Nr. 2 ist
18 ein Parteiordnungsverfahren beim zuständigen SPD-
19 Kreisvorstand anzuregen.

20 (3) Die Kommission gibt der antragstellenden Per-
21 son Gelegenheit zur Erläuterung ihres Antrags. An-
22 schließend hat die Beschuldigte Person Gelegenheit, zu
23 den Vorwürfen Stellung zu beziehen. Auf Antrag eines
24 Beteiligten ist die direkte Konfrontation der Beteiligten
25 zu vermeiden. Die Beteiligten können sich von einer Per-
26 son ihres Vertrauens begleiten lassen.

27 (4) Die Kommission hört weitere Personen an, die für die
28 Klärung des Vorfalles beitragen können. Die Kommission
29 kann auf Antrag der Antrag stellenden Person beide Par-
30 teien von der Befragung ausschließen.

31 (5) Nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung kann
32 die Kommission

- 33 1. im Einvernehmen mit den Beteiligten Maßnahmen
34 zur Konfliktbeilegung festlegen,
- 35 2. bei fehlendem Einvernehmen

36 a) dokumentieren, dass der Antrag unbegründet ist,
37 b) die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens beim
38 zuständigen SPD-Kreisvorstand anregen. Der Antrag ist
39 zu verbinden mit einer Empfehlung für eine Maßnah-
40 me nach § 35 Abs. 2 des Organisationstatus der SPD.
41 In Betracht kommt dabei insbesondere ein (unter Um-
42 ständen befristetes) Teilnahmeverbot an Veranstaltung
43 der SPD Berlin-Mitte, an Sitzungen der Abteilungen,
44 der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise, der
45 geschäftsführenden Kreisvorstandssitzungen und/oder
46 der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte
47 sowie ein Funktionsverbot auf die Kreisebene der SPD
48 und/oder auf SPD-Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-,
49 Arbeitskreisebene und der Ausschluss aus der Partei.

50 (6) Alle Entscheidungen der Kommission sind schriftlich
51 zu begründen. Die Kommission berichtet dem Kreisvor-
52 stand von ihren Entscheidungen. Das Verfahren und alle
53 in ihm erlangten Informationen, insbesondere die Na-
54 men der Betroffenen, obliegen der Schweigepflicht und
55 sind von allen Beteiligten streng vertraulich zu behan-
56 deln.

57 (7) Sofern sich herausstellt, dass eine Person zu Unrecht
58 beschuldigt wurde, kann diese Person verlangen, dass
59 die Einstellung des Verfahrens parteiöffentlich bekannt

1 gegeben wird.

2

3 **A19/I/2018**

4 **Jusos Mitte**

5 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7

8 **Ein neuer Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten in Berlin**

9
10 An den Berliner Hochschulen arbeiten derzeit etwa
11 8000 studentische Beschäftigte, welche in der Lehre,
12 Forschung und Verwaltung tätig sind. Der für Berlin
13 geltende studentische Tarifvertrag von 2001 legt einen
14 Bruttostundenlohn von 10,98€ fest. Seit 2001, inzwi-
15 schen 17 Jahren, wurden die Löhne der studentischen
16 Mitarbeiter*innen nicht mehr erhöht. Aufgrund von In-
17flation und der Streichung des Weihnachtsgeldes sind
18 die Reallöhne der an den Hochschulen beschäftigten
19 Student*innen aber gesunken. Dies wird allein an den
20 erhöhten Mietpreisen deutlich. Dabei stellt der Berliner
21 Senat bereits seit 2011 zusätzliche Gelder zur Erhöhung
22 der Löhne für studentische Beschäftigte bereit. Da die-
23 ses Geld nicht vertraglich festgesetzt wurde, ist diese
24 Erhöhung nicht an die studentischen Mitarbeiter*innen
25 weitergegeben worden.

26 Um den Reallohnverlust aufgrund von Inflation aus-
27 zugleichen, fordern die Gewerkschaften und die stu-
28 dentische Initiative TV Stud eine Erhöhung des Lohns
29 auf 14€. Zudem wird eine automatische Anpassung an
30 die Lohnsteigerung der anderen Beschäftigten an den
31 Hochschulen gefordert. Durch die Bindung an den Ta-
32 rifvertrag TV-L soll ein erneuter Lohnstillstand verhin-
33 dert werden. Zudem soll die Wiedereinführung der Jah-
34 ressonderzahlung bzw. des sogenannten Weihnachtsgel-
35 des erreicht werden, das 2004 gestrichen wurde. Al-
36 le anderen nicht-studentischen Beschäftigten an Ber-
37 liner Hochschulen erhalten diese Sonderzahlung seit
38 2011. Weiterhin wird eine 100%-ige Lohnfortzahlung in
39 Krankheitsfällen für über sechs Wochen gefordert. Ge-
40 rade für sozial schwache, ältere oder chronisch erkrank-
41 te Studierende ist dies wichtig, da das Krankengeld,
42 das die Krankenkasse in der Regel nach sechs Wochen
43 Krankheit zahlt, in gesetzlichen studentischen Kranken-
44 versicherungen nicht vorgesehen ist. Besonders wich-
45 tig ist außerdem die tarifvertragliche Absicherung der
46 regelmäßigen Vertragslaufzeit von mindestens vier Se-
47 mestern. So kann die Planbarkeit für studentische Mit-
48 arbeiter*innen erhöht werden. Diese Regel für eine Min-
49 destanstellung auf vier Semester soll auch für Wei-
50 terbeschäftigungen gelten bis die gesetzlich festgeleg-
51 te Höchstbefristungsdauer erreicht ist. Weiterhin wird
52 eine Angleichung des Urlaubsanspruchs von fünf auf
53 sechs Wochen gefordert. Damit würden studentische
54 Beschäftigte gegenüber anderen Beschäftigten des TV-
55 L gleichgestellt werden. Zudem soll auch studentischen
56 Mitarbeitern die Möglichkeit des Sonderurlaubs ana-

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

An den Berliner Hochschulen arbeiten derzeit etwa 8000 studentische Beschäftigte, welche in der Lehre, Forschung und Verwaltung tätig sind. Der für Berlin geltende studentische Tarifvertrag von 2001 legt einen Bruttostundenlohn von 10,98€ fest. Seit 2001, inzwischen 17 Jahren, wurden die Löhne der studentischen Mitarbeiter*innen nicht mehr erhöht. Aufgrund von Inflation und der Streichung des Weihnachtsgeldes sind die Reallöhne der an den Hochschulen beschäftigten Student*innen aber gesunken. Dies wird allein an den erhöhten Mietpreisen deutlich. Dabei stellt der Berliner Senat bereits seit 2011 zusätzliche Gelder zur Erhöhung der Löhne für studentische Beschäftigte bereit. Da dieses Geld nicht vertraglich festgesetzt wurde, ist diese Erhöhung nicht an die studentischen Mitarbeiter*innen weitergegeben worden.

Um den Reallohnverlust aufgrund von Inflation auszugleichen, fordern die Gewerkschaften und die studentische Initiative TV Stud eine Erhöhung des Lohns auf 14€. Zudem wird eine automatische Anpassung an die Lohnsteigerung der anderen Beschäftigten an den Hochschulen gefordert. Durch die Bindung an den Tarifvertrag TV-L soll ein erneuter Lohnstillstand verhindert werden. Zudem soll die Wiedereinführung der Jahressonderzahlung bzw. des sogenannten Weihnachtsgeldes erreicht werden, das 2004 gestrichen wurde. Alle anderen nicht-studentischen Beschäftigten an Berliner Hochschulen erhalten diese Sonderzahlung seit 2011. Weiterhin wird eine 100%-ige Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen für über sechs Wochen gefordert. Gerade für sozial schwache, ältere oder chronisch erkrankte Studierende ist dies wichtig, da das Krankengeld, das die Krankenkasse in der Regel nach sechs Wochen Krankheit zahlt, in gesetzlichen studentischen Krankenversicherungen nicht vorgesehen ist. Besonders wichtig ist außerdem die tarifvertragliche Absicherung der regelmäßigen Vertragslaufzeit von mindestens vier Semestern. So kann die Planbarkeit für studentische Mitarbeiter*innen erhöht werden. Diese Regel für eine Mindestanstellung auf vier Semester soll auch für Weiterbeschäftigungen gelten bis die gesetzlich festgelegte Höchstbefristungsdauer erreicht ist. Weiterhin wird eine Angleichung des Urlaubsanspruchs von fünf auf sechs Wochen gefordert. Damit würden studentische Beschäftigte gegenüber anderen Beschäftigten des TV-L gleichgestellt werden. Zudem soll auch studentischen Mitarbeitern die Möglichkeit des Sonderurlaubs analog zu Beschäftigten nach TV-L gegeben werden. Darüber hinaus wird gefordert, den Anspruch auf Qualifizierung im neuen Tarifvertrag TV Stud zu verankern. Die für Qualifizierung aufgewendete Zeit soll demnach als

1 log zu Beschäftigten nach TV-L gegeben werden. Dar-
2 über hinaus wird gefordert, den Anspruch auf Qualifi-
3 zierung im neuen Tarifvertrag TV Stud zu verankern. Die
4 für Qualifizierung aufgewendete Zeit soll demnach als
5 Arbeitszeit gewertet werden. Zusätzlich wird die Mög-
6 lichkeit eines Bildungsurlaubs in Höhe von 10 Arbeits-
7 tagen pro Kalenderjahr gefordert. Tarifvertraglich aus-
8 geschlossen werden sollen Bereitschaftsdienste für stu-
9 dentische Beschäftigte. Weiterhin soll ein Mindeststun-
10 dendvolumen von 40 Stunden pro Monat festgelegt wer-
11 den, außer es wird von Studierenden explizit anders ge-
12 wünscht.
13 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Mitte soli-
14 darisiert sich mit diesen Forderungen.
15

Arbeitszeit gewertet werden. Zusätzlich wird die Mög-
lichkeit eines Bildungsurlaubs in Höhe von 10 Arbeits-
tagen pro Kalenderjahr gefordert. Tarifvertraglich aus-
geschlossen werden sollen Bereitschaftsdienste für stu-
dentische Beschäftigte. Weiterhin soll ein Mindeststun-
denvolumen von 40 Stunden pro Monat festgelegt wer-
den, außer es wird von Studierenden explizit anders ge-
wünscht.

Die SPD solidarisiert sich mit diesen Forderungen.

16 **Ä zum A19/I/2018**
17 **Abteilung 3**
18
19
20 **Seite 12, Zeile 2, Ändern**
21 Ersetze „pro Kalenderjahr“ durch „pro zwei Kalender-
22 jahre“

Anträge an den Landesparteitag

- 1 Abt. 08 (Alt-Moabit)
 2 Abt. 16 (Grünes Dreieck)
 3 Immobilienspekulation zulasten der Mieter*innen
 4 bekämpfen – Steuerbegünstigungen bei Immobili-
 5 enttransaktionen durch „Share Deals“ zügig und
 6 konsequent abschaffen!
 7 **Annahme (K) A01/I/2018**
 8
 9 Abt. 08 (Alt-Moabit)
 10 Abt. 16 (Grünes Dreieck)**Abt. 02 (Alexanderplatz)**
 11 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**
 12 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**
 13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 14 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 15
 16 Immobilienspekulation zulasten der Mieter*innen be-
 17 kämpfen – Steuerbegünstigungen bei Immobilien-
 18 transaktionen durch „Share Deals“ zügig und konse-
 19 quent abschaffen!
 20 **Wir fordern,**
 21 1. einen entschlossenen Einsatz der sozialdemokra-
 22 tischen Mitglieder des Senats Berlin, der SPD-
 23 Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie der bundes-
 24 weiten SPD-Organen zur Abschaffung der steuerli-
 25 chen Privilegierung von „Share Deals“ in der derzei-
 26 tigen Form auf Landes- und auf Bundesebene;
 27 2. die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats da-
 28 zu auf, bundesweit bzw. länderübergreifend wahr-
 29 nehmbar für eine solche Reform einzutreten und
 30 zu werben sowie gleichzeitig die auf Landesebene
 31 mögliche Maßnahmen schon vorab zu ergreifen.
 32 3. dass die Untersuchungen der zu einer angestreb-
 33 ten Reform der Grunderwerbsteuer durch die
 34 Finanzministerkonferenz einberufenen Bund-
 35 länder-Arbeitsgemeinschaft durch die Regierung
 36 des Landes Berlin und die SPD-Fraktion im Abge-
 37 ordnetenhaus kritisch und mit höchstmöglicher
 38 Anstrengung begleitet, gefördert und kontinuier-
 39 lich bewertet werden;
 40 4. dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Been-
 41 digung „missbräuchlicher Steuergestaltungen bei
 42 der Grunderwerbsteuer mittels „Share Deals“
 43 • sprachlich nicht zu eng ausgelegt wird, also „Share
 44 Deals“ bei Immobilientransaktionen auch tatsäch-
 45 lich
 46 • „abgeschafft“ werden; und eine solche Beendigung
 47 zudem zügig, in dieser Legislaturperiode, und kon-
 48 sequent herbeigeführt wird.
 49 **Begründung**
 50 Der Handel mit Immobilien floriert bundesweit und
 51 übertrifft auch auf dem Berliner Immobilienmarkt
 52 sämtliche Rekorde. Seit dem Jahr 2009 hat sich das
 53 jährliche Transaktionsvolumen nach einer Erhebung
 54 von Ernst & Young Real Estate (Stand 2017) auf
 55 über 60 Milliarden Euro nahezu verfünffacht. Eine
 56 Kehrtwende dieses Trends ist nicht absehbar. Nutz-
 57 nießer dieser Entwicklung sind vor allem die an

Annahme (K)

1 gewinnbringenden Transaktionen beteiligten Markt-
2 teilnehmer*innen, insbesondere die Immobilieninves-
3 tor*innen. Mieter*innen profitieren in Normalfall nicht
4 von derartigen (Spekulations-) Verkäufen, da es sich bei
5 einem bedeutenden Anteil der gesamten Transaktio-
6 nen – im ersten Halbjahr des Jahres 2015 laut Anga-
7 ben des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt-, und Raum-
8 forschung (BBRS) bei 94% der Transaktionen großer
9 Wohnungsbestände – um reine Wiederverkäufe zur Ge-
10 winnerzielung handelt. Sprich: In solchen Fällen wer-
11 den durch den/die Erwerber*in weder Modernisierun-
12 gen noch Investitionen in die Bausubstanz vorgenom-
13 men. Somit ist ein Kreislauf zu beobachten, in dessen
14 Rahmen der Wert der Immobilien transaktionsbedingt
15 steigt und die Mieten durch den/die neuen Erwerber*in
16 zur Finanzierung zwangsläufig erhöht werden müssen
17 – allein die Immobilie bleibt in ihrer Substanz unberührt
18 während sich die Mieter*innen nicht mehr imstande se-
19 hen, die gestiegenen Mietpreise zu bezahlen. In Berlin
20 haben sich die Mietpreise laut Angaben im aktuellen
21 Mietspiegel seit dem Jahr 2011 zum Teil nahezu verdop-
22 pelt.

23 Immobilientransaktionen unterliegen für gewöhnlich
24 der Grunderwerbsteuer, wobei die Einnahmen an die
25 Länder gehen, in Berlin sind das sechs Prozent des Kauf-
26 preises. Nach dem Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG)
27 gilt dies vor allem dann, wenn das Grundstück selbst
28 direkt vom Käufer erworben wird (sog. Asset Deal), sie-
29 he § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 GrEStG. Werden jedoch nur Antei-
30 le an Unternehmen (sog. Shares), in denen die Grund-
31 stücke enthalten sind, gekauft, braucht der Käufer kei-
32 ne Grunderwerbsteuer zu bezahlen – jedenfalls dann
33 nicht, wenn er weniger als 95 Prozent der Unterneh-
34 mensanteile erwirbt (sog. Share Deal). Denn die Grund-
35 erwerbsteuer fällt erst an, wenn mindestens 95 Pro-
36 zent dieser Unternehmensanteile, zum Beispiel in Form
37 von Aktien, auf den Käufer übergehen (§ 1 Abs. 2a,
38 3 GrEStG). Von dieser Gestaltungsmöglichkeit profitie-
39 ren insbesondere große Marktteilnehmer. Um Grund-
40 erwerbsteuer zu vermeiden, führen sie oftmals solche
41 „Share Deals“ durch und bleiben mit maximal 94,9 Pro-
42 zent gekauften Anteilen gerade unter der Grenze der
43 Steuerpflicht oder initiieren sog. Joint Ventures mit Ge-
44 schäftspartnern, die dann die verbleibenden 5,1 Prozent
45 der Gesellschaftsanteile erwerben.

46 Die Übertragung von Immobilien im Rahmen von „Sha-
47 re Deals“ verläuft deshalb frei von anfallender Grund-
48 erwerbsteuer, während beim gewöhnlichen Grund-
49 stückskauf Grunderwerbsteuer zu entrichten ist. Die
50 Steuerbefreiung von „Share Deals“ macht Immobili-
51 entransaktionen unverhältnismäßig lukrativ und trägt
52 deshalb zu einer Überhitzung des Immobilienmarktes
53 bei. Sie führt außerdem zu einer Beschädigung des
54 Staatswesens wegen entgangener Einnahmen.

55 Durch „Share Deals“ entgehen dem Land Berlin jährlich
56 nach Schätzungen des Berliner Finanzsenators Kollatz-
57 Ahnen 100 Millionen Euro und den Finanzhaushalten
58 bundesweit laut Aussage des Hessischen Finanzmi-
59 nisteriums rund eine Milliarde Euro. Je nach Bundes-

1 land werden beim Verkauf von Flächen und Grund-
2 stücken normalerweise zwischen 3,5 und 6,5 Prozent
3 Grunderwerbsteuer fällig. Während Investoren durch
4 die Gestaltungsoption bei Unternehmensübernahmen
5 steuerliche Privilegien erhalten, gehen die öffentli-
6 chen Haushalte unter diesen Bedingungen – selbst bei
7 der Veräußerung zentral gelegener und repräsentati-
8 ver Grundstücke – leer aus. Dieses juristische Phäno-
9 men ist innerhalb Europas einmalig. Beispielhaft steht
10 hierfür die Transaktion des ehemaligen Daimler-Areals
11 als Teil des Potsdamer Platzes: Dieses wurde im Janu-
12 ar 2016 an einen kanadischen Investor im Wege eines
13 „Share Deals“ verkauft, dem Land Berlin entgingen bei
14 dem Milliarden-Deal laut Untersuchungen des Berliner
15 Mietervereins 84 Millionen Euro an Grunderwerbsteu-
16 ereinnahmen, da für den kanadischen Investor keine
17 Grunderwerbsteuer anfiel. Im Vergleich hierzu beträgt
18 das Haushaltsbudget des Landes Berlin für die Bezu-
19 schussung bei der Ausübung des Vorkaufsrechts durch
20 die Bezirke ca. 100 Millionen Euro jährlich. Eine „norma-
21 le“ Familie, die in Berlin ein Haus für 300.000 Euro er-
22 wirbt, zahlt hierfür – im Gegensatz zum Großinvestor
23 – 18.000 Euro Grunderwerbsteuer. Es ist unmoralisch,
24 dass Einzelpersonen, die sich keiner aufwändigen Ge-
25 schäftsstrukturen bemächtigen können, die Zeche
26 für die Steuerbefreiung von Großinvestor*innen und
27 deren Unternehmen zahlen müssen – sei es in Form ei-
28 ner klaffenden Lücke im Finanzhaushalt des Landes Ber-
29 lin oder durch ihre eigene Verpflichtung zum Entrichten
30 der Grunderwerbsteuer.

31 Insgesamt ist die gesetzliche Privilegierung von „Sha-
32 re Deals“ daher nicht tragbar und darf somit auch nicht
33 aufrechterhalten werden.

34 Eine Reform des für die Regelung von „Share Deals“
35 maßgeblichen GrEStG ist technisch höchst komplex,
36 wird verfassungs- sowie unionsrechtlich kompliziert
37 und sieht sich vielfachen Bedenken von organi-
38 sierten Verbänden der Immobilienwirtschaftslobby
39 ausgesetzt. Die Untersuchungen der Bund-Länder-
40 Arbeitsgruppe in der Sache bilden die Grundlage für
41 die Vorgehensweise einer möglichen großen Koali-
42 tion und verlaufen grundlegend ergebnisoffen. Eine
43 Lösung des Sachverhaltes erfordert deswegen einen
44 besonders entschlossenen Einsatz auf Grundlage eines
45 starken politischen Willens, zu dem alle beteiligten
46 Akteur*innen kontinuierlich angehalten werden müs-
47 sen. Hierbei soll es Aufgabe der Regierung des Landes
48 Berlin, der Berliner SPD und der bundesweiten SPD
49 sein, in diesem Sinne drängend mitzuwirken, weil die
50 spürbaren Auswirkungen eines überhitzten Immobili-
51 enmarktes vor allem hier in Berlin keinen Aufschub
52 dulden.

1 **A02/I/2018**
 2 **Abteilung 02 (Alexanderplatz)**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren**
 7 Wir fordern, dass sich die sozialdemokratischen Mit-
 8 glieder des Abgeordnetenhauses dafür einsetzen, dass
 9 der bereits vorliegende Landesparteitagsbeschluss
 10 (Antrag 201/I/2015) zur Entkriminalisierung des Fahrens
 11 ohne Fahrschein in der aktuellen Legislaturperiode
 12 umgesetzt wird.
 13
 14 **Begründung**
 15 Trotz eines Landesparteitagsbeschlusses (Antrag
 16 201/I/2015) und mit den Grünen und der Linkspartei
 17 zwei Koalitionspartnern die sich für eine Entkrimina-
 18 lisierung einsetzen stellt sich die Abgeordnetenhaus-
 19 fraktion der SPD auch weiterhin gegen eine Änderung
 20 der Gesetzgebung.

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Wir fordern, dass sich die sozialdemokratischen Mit-
 glieder des Deutschen Bundestags und des Abgeordne-
 tenhauses dafür einsetzen, dass der bereits vorliegende
 Landesparteitagsbeschluss (Antrag 201/I/2015) zur
 Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein in der
 aktuellen Legislaturperiode umgesetzt wird.

21 **A04/I/2018**
 22 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**
 23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 24
 25 **Änderungsantrag zum Impulspapier: Sicherheitspolitik**
 26 **in Berlin**
 27 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin Mitte
 28 möge beschließen,
 29 der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
 30 Die Zeilen
 31 „Wir brauchen eine landesweit abgestimmte Strate-
 32 gie gegen Kriminalität, Bedrohung durch Gewalt und
 33 durch negative Entwicklungen in bestimmten Brenn-
 34 punktgebieten der Stadt. Wir wollen eine Verbesse-
 35 rung der tatsächlichen Sicherheitslage wie auch des Si-
 36 cherheitsempfindens in öffentlichen Verkehrsmitteln,
 37 im Straßenland und in öffentlichen Grünanlagen. Die
 38 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung hat für
 39 uns eine hohe Priorität. Eine stärkere behörden- und
 40 ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ordnungs-
 41 behörden werden wir unter der Berücksichtigung von
 42 Datenschutzstandards sowie persönliche Freiheitsrech-
 43 ten ermöglichen.“
 44 werden ersetzt durch
 45 „Wir brauchen eine landesweit abgestimmte Strate-
 46 gie gegen Kriminalität, Bedrohung durch Gewalt und
 47 durch negative Entwicklungen in bestimmten Brenn-
 48 punktgebieten der Stadt. Wir wollen eine Verbesserung
 49 der tatsächlichen Sicherheitslage wie auch des Sicher-
 50 heitsempfindens in öffentlichen Verkehrsmitteln, im
 51 Straßenland und in öffentlichen Grünanlagen. Für die
 52 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist städ-
 53 tebauliche Kriminalprävention ein wichtiges Werkzeug.
 54 Gut instandgehaltene Gebäude und öffentliche Räume

Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

In einem „Impulspapier: Sicherheitspolitik“ ist fol-
 gender Baustein aufzunehmen:
 „Wir brauchen eine landesweit abgestimmte Strate-
 gie gegen Kriminalität, Bedrohung durch Gewalt und
 durch negative Entwicklungen in bestimmten Brenn-
 punktgebieten der Stadt. Die Gewährleistung von Si-
 cherheit und Ordnung hat für uns eine hohe Priorität.
 Wir wollen eine Verbesserung der tatsächlichen Sicher-
 heitslage wie auch des Sicherheitsempfindens in öf-
 fentlichen Verkehrsmitteln, im Straßenland und in öf-
 fentlichen Grünanlagen. Für die Gewährleistung von Si-
 cherheit und Ordnung ist städtebauliche Kriminalprä-
 vention ein wichtiges Werkzeug. Gut instandgehalte-
 ne Gebäude und öffentliche Räume sind eine wichti-
 ge Grundlage für objektive und subjektive Sicherheit
 („Broken-Window-Phänomen“). Die zielgerichtete prä-
 ventive Gestaltung von öffentlichen Räumen, die so-
 wohl Übersichtlichkeit und Beleuchtung als auch Pfl-
 egeaspekte sowie Nutzungsvielfalt und soziale Kontrolle
 berücksichtigt, kann Kriminalität vorbeugen. Um unter-
 schiedliche Sicherheitsbedürfnisse verschiedener Nut-
 zer*innen zu berücksichtigen, müssen die bezirklichen
 Beiräte für Menschen mit Behinderungen, Frauenbeiräte
 für Stadtplanung und Seniorinnen- und Seniorenver-
 tretungen frühzeitig eingebunden werden.
 Eine stärkere behörden- und ressortübergreifende Zu-
 sammenarbeit der Ordnungsbehörden werden wir un-
 ter der Berücksichtigung von Datenschutzstandards so-
 wie persönliche Freiheitsrechten ermöglichen.“

1 sind eine wichtige Grundlage für objektive und subjektive Sicherheit („Broken-Window-Phänomen“). Die zielgerichtete präventive Gestaltung von öffentlichen Räumen, die sowohl Übersichtlichkeit und Beleuchtung als auch Pflegeaspekte sowie Nutzungsvielfalt und soziale Kontrolle berücksichtigt, kann Kriminalität vorbeugen. Um unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse verschiedener Nutzer*innen zu berücksichtigen, müssen die bezirklichen Beiräte für Menschen mit Behinderungen, Frauenbeiräte für Stadtplanung und Seniorinnen- und Seniorenvertretungen frühzeitig eingebunden werden. Eine stärkere behörden- und ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ordnungsbehörden werden wir unter der Berücksichtigung von Datenschutzstandards sowie persönliche Freiheitsrechten ermöglichen.“

17 **A05/I/2018**
 18 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**
 19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20
 21 **Höhere Sicherheit und Senkung von Schadstoff- und Lärmbelastung: Tempo 30 auch tagsüber in der gesamten Levetzowstraße**

22 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV Mitte, des Bezirksamts Mitte, des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, sich bei der Verkehrslenkung Berlin dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich auf der gesamten Länge der Levetzowstraße in Berlin-Mitte auch zwischen 6 und 22 Uhr eine Tempo-30-Zone ausgewiesen wird. Durch Blitzer und Überwachung ist das Tempolimit durchzusetzen.

32
 33 **Begründung**

34 Die Levetzowstraße ist eine der übergeordneten Straßenverbindungen Berlins. Sie liegt in einem reinen Wohngebiet und hat eine Gesamtlänge von 650 Metern zwischen der Hansabrücke im Osten und der Gotzkowskybrücke im Westen. Am östlichen Ende (noch Altonaer Straße auf der Hansabrücke) gilt tagsüber (7 bis 18 Uhr) aufgrund des anliegenden Gymnasiums Tiergarten Tempo 30. Auf der Levetzowstraße selbst gilt zum Lärmschutz in der Nacht (22 bis 6 Uhr) auch Tempo 30. Auch auf den ähnlich hoch frequentierten zuführenden und umgebenen Straßen (Lessing-, Gotzkowsky- und Beusselstraße) gilt bereits Tempo 30.

46 Um die Sicherheit tagsüber zu erhöhen und für die Anwohnerinnen und Anwohner die erhebliche Schadstoff- und Lärmbelastung zu senken, muss Tempo 30 den ganzen Tag in der gesamten Levetzowstraße gelten. Im Einzelnen:

51 Die Levetzowstraße wird täglich von 16.000 bis 18.000 Fahrzeugen befahren. Die Lärmbelastung ist sehr hoch und erreicht nach der strategischen Lärmkarte der Senatsverwaltung tagsüber Spitzenwerte von 70 bis 75 db und mehr. Durch einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss und eine Verstetigung des Fahrverlaufs kann die

Annahme (K)

1 Lärmbelastung, der die Anwohnerinnen und Anwohner
2 auch tagsüber (nachts gilt zwischen 22 und 6 Uhr schon
3 Tempo 30) ausgesetzt sind, reduziert werden. Zugleich
4 kann hierdurch eine Senkung des Schadstoffausstoßes
5 erreicht werden.
6 Anrainer der Levetzowstraße sind die Miriam-Makeba-
7 Grundschule, das ehemalige Heinrich-von-Kleist-
8 Gymnasium, das derzeit zu einer internationalen
9 Schule ausgebaut wird, und das Gymnasium Tiergar-
10 ten. Mittig, in Höhe der Kreuzung zur Jagowstraße
11 und des Mahnmals zur Erinnerung an die Deportation
12 befindet sich ein großer Spielplatz. Im Bereich des
13 Gymnasiums Tiergarten gilt tagsüber schon Tempo
14 30. Auch im Bereich der Miriam-Makeba-Grundschule
15 und der ausgebauten Schule muss Tempo 30 gelten.
16 Zur Erhöhung der Sicherheit und Steigerung der Le-
17 bensqualität sollte dies auch im Bereich des großen
18 Spielplatzes gelten. Dafür spricht schließlich auch eine
19 klarere Verkehrsregelung.
20 Anhaltspunkte dafür, dass von der Levetzowstraße
21 bei Einführung einer Tempo 30-Zone auf angrenzen-
22 de Wohngebiete ausgewichen wird, gibt es nicht. Denn
23 auch hier gilt Tempo 30.
24 Die Verzögerungen für den durchfahrenden Verkehr
25 sind minimal. Rechnerisch betragen sie maximal 15 Se-
26 kunden. Auch für die Buslinie 106, die in einem Zeitab-
27 stand von 20 Minuten die Levetzowstraße anfährt, sind
28 keine Verzögerungen zu erwarten. Der Gewinn an Le-
29 bensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner so-
30 wie die Verkehrssicherheit (Schulen, Spielplatz) wiegt
31 deutlich höher.
32 Letztlich fügt sich die geforderte Tempo 30 Zone in ein
33 Gebiet von angrenzenden Straßen ein, auf denen be-
34 reits Tempo 30 gilt.

35 **Ä1 zum A05/I/2018**
36 **Abteilung 3**
37
38
39 **Seite 17, Zeile 22, Streichen**
40 Streich „Der Landesparteitag möge beschließen“

41 **A06/I/2018**
42 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**
43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
44 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
45
46 **Zum Schutz Aller – Impfquoten erhöhen**
47 Die SPD verschreibt sich dem Ziel, gefährliche und/oder
48 ansteckende Krankheiten, wie zum Bei-spiel Masern,
49 Röteln und Keuchhusten in Deutschland zu eliminieren.
50 Hierzu unterstützt die SPD umfassende Maßnahmen,

wird nachgereicht

1 die dazu geeignet sind, die Impfquoten gemäß der STI-
 2 KO Empfehlung zu erhöhen.
 3 Die Sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und
 4 der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-gefordert, die
 5 nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang
 6 zu Impfungen möglichst ein-fach zu gestalten. Die so-
 7 zialdemokratischen Mitglieder von Landesregierungen
 8 werden aufgefor-dert, im Rahmen ihrer Zuständigkei-
 9 ten entsprechend zu handeln.

10 Hierzu zählt u.a.:

- 11 • Eine gezielte Kampagne der Bundeszentrale für Ge-
 12 sundheitliche Aufklärung soll die Inter-netpräsenz
 13 von einfach verständlichen, wissenschaftlich fun-
 14 dierten Informationen zu Impfungen erhöhen.
 15 Ähnlich wie bei der Broschüre zum Plötzlichen
 16 Kindstod in Kranken-häusern sollen Informationen
 17 zu Impfungen bei der U2 verteilt werden.
- 18 • Ein Erinnerungssystem soll eingeführt bzw. beste-
 19 hende Systeme ausgebaut werden, um sowohl an
 20 Erst- als auch an Auffrischungsimpfungen flächen-
 21 deckend zu erinnern.
- 22 • Fehlende Impfungen sollen im Rahmen der
 23 Schuleingangsuntersuchungen durch die Ge-
 24 sundheitsämter nachgeholt werden.
- 25 • Um die Impfquote in allen Altersklassen zu erhö-
 26 hen, soll geprüft werden, ob Impfungen fachüber-
 27 greifend durch Ärzt*innen durchgeführt und ab-
 28 gerechnet werden können zum Beispiel bei, zum
 29 Beispiel bei Impfungen der Eltern durch Kinder-
 30 ärzt*innen.

31 Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht
 32 gemäß den Empfehlungen der Ständigen Impfkommis-
 33 sion am Robert-Koch-Institut ("STIKO") ein. Zu ihnen
 34 zählen die Immunisierungen gegen Masern, Mumps,
 35 Röteln, Tetanus, Poliomyelitis (Polio, Kinderlähmung),
 36 Diphtherie, Pneumokokken oder Hepatitis B. Es ist si-
 37 cherzustellen, dass die Liste durch die STIKO regelmäßig
 38 überprüft und ggf. ergänzt wird.

39 Um ein wirksames und durchsetzungsfähiges mehr-
 40 stufiges Sanktionierungsverfahren aufzubau-en, soll
 41 geprüft werden, ob neben der Einführung eines Buß-
 42 geldtatbestands bei Impfverweigerung, bestimmte
 43 Leistungen und Angebote des Bundes, der Länder und
 44 Kommunen mit dem Nachweis der Impfungen gemäß
 45 STIKO zu verknüpft werden können.

46

47 **Begründung**

48 Trotz der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe treten
 49 gefährliche Krankheiten wie Masern oder Keuchhusten
 50 in Deutschland immer wieder auf. Schwere Komplika-
 51 tionen zum Teil mit Todesfolge können die Folge
 52 sein. Um ungeimpfte Säuglinge sowie Menschen, die
 53 aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden
 54 können, zu schützen, ist ein Herdenschutz mit einer
 55 Impfquote von mindestens 95 Prozent vonnöten. Um
 56 dies zu sicherstellen, müssen nicht nur Eltern, sondern
 57 alle Erwachsenen mit nicht-ausreichendem Impfschutz
 58 erreicht werden.

59 Mangelnde Information und daraus resultierende Ver-

1 unsicherung von Eltern ist ein wesentlicher Grund für
2 Eltern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Ein weiterer
3 Grund ist das Verpassen von Folgeimpfungen. Oben vor-
4 geschlagene Maßnahmen sollen dem entgegenwirken.
5 Aber auch nach umfassenderen Aufklärungsmaßnah-
6 men wird es weiterhin Menschen geben, die sich dem
7 Impfen grundsätzlich verweigern und die dadurch nicht
8 nur sich selbst bzw. ihre Kinder gefährden. Dieser Ge-
9 fährdung kann nur mit konsequenten Maßnahmen wie
10 der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit ge-
11 eigneten Sanktionierungsmaßnahmen begegnet wer-
12 den, wie zum Beispiel in Italien, Frankreich und Austra-
13 lien.

14 **Ä1 zum A06/I/2018**

15 **Abteilungen 15 & 16**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

18

19

20 **Seite , Zeile komplett, Ändern**

21 **Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impf-**
22 **pflicht in Deutschland einführen!**

23 Die SPD verschreibt sich dem Ziel, gefährliche und/oder
24 ansteckende Krankheiten, wie zum Beispiel Masern, Rö-
25 teln und Keuchhusten in Deutschland zu eliminieren.
26 Hierzu unterstützt die SPD umfassende Maßnahmen,
27 die dazu geeignet sind, die Impfquoten gemäß der Emp-
28 fehlung der Ständigen Impfkommision(STIKO) zu erhö-
29 hen.

30 1.

31 Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht
32 für Kinder zur Prävention besonders schwerer und/oder
33 ansteckender Krankheiten ein. Die Impfpflicht soll die
34 aktuell von der STIKO empfohlenen Impfungen umfas-
35 sen. In der abschließenden Liste enthalten sind folgen-
36 de Krankheiten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphte-
37 rie (Bräune), Pertussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kin-
38 derlähmung), Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib
39 (Haemophilus influenzae Typ b), Varizellen (Windpoc-
40 cken), Meningokokken, Pneumokokken, Rotaviren und
41 HPV (Humane Papillomaviren).

42 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Ge-
43 setzentwurf zu erarbeiten, der

44 a) die STIKO am Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin be-
45 auftragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der
46 Liste schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu erstel-
47 len und die Bundesregierung entsprechend zu beraten.
48 Die Ergänzung der oben genannten Liste impfpflichti-
49 ger Krankheiten bedarf der Gesetzesform.

50 b) ein wirksames mehrstufiges Sanktionierungsverfah-
51 ren – wie z.B. bei der Durchsetzung der Schulpflicht
52 – enthält. Um ein wirksames und durchsetzungsfähig-
53 es mehrstufiges Sanktionierungsverfahren aufzubauen,
54 soll geprüft werden, ob neben der Einführung eines
55 Bußgeldtatbestands bei Impfverweigerung bestimmte
56 Leistungen und Angebote des Bundes, der Länder und

1 der Kommunen mit dem Nachweis der Impfungen ge-
 2 mäß der STIKO verknüpft werden können.
 3 2.
 4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und
 5 der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die
 6 nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang
 7 zu Impfungen möglichst einfach zu gestalten. Die so-
 8 zialdemokratischen Mitglieder von Landesregierungen
 9 werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten
 10 entsprechend zu handeln.
 11 Hierzu zählt u.a.:
 12 a) Eine gezielte Kampagne der Bundeszentrale für Ge-
 13 sundheitliche Aufklärung soll die Internetpräsenz von
 14 einfach verständlichen, wissenschaftlich fundierten In-
 15 formationen zu Impfungen erhöhen. Analog zur Bro-
 16 schüre zum Plötzlichen Kindstod sollen in Krankenhäu-
 17 sern bei der U2 Informationen zu Impfungen verteilt
 18 werden.
 19 b) Ein Erinnerungssystem soll eingeführt bzw. beste-
 20 hende Systeme ausgebaut werden, um sowohl an Erst-
 21 als auch an Auffrischungsimpfungen flächendeckend
 22 zu erinnern.
 23 c) Fehlende Impfungen sollen im Rahmen der Schul-
 24 eingangsuntersuchungen durch die Gesundheitsämter
 25 nachgeholt werden.
 26 d) Um die Impfquote in allen Altersklassen zu erhö-
 27 hen, soll geprüft werden, ob Impfungen fachübergrei-
 28 fend durch Ärzt*innen durchgeführt und abgerechnet
 29 werden können zum Beispiel bei Impfungen der Eltern
 30 durch Kinderärzt*innen.
 31 e) Die bezirklichen öffentlichen Gesundheitsdienste
 32 (ÖGD) sind finanziell so auszustatten, dass es ihnen
 33 ermöglicht wird, bei schwer erreichbaren Bevölkerungs-
 34 gruppen, eine aufsuchende Impfberatung durchführen
 35 zu können.

36
 37 **Begründung**
 38 Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, für die
 39 Schwächsten der Gesellschaft einzustehen. Kinder sind
 40 eine besonders sensible Gruppe. Sie können sich noch
 41 nicht selbstständig vor Krankheiten schützen. Es ist
 42 deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Eltern
 43 in Bezug auf die Gesundheit ihrer Kinder möglichst
 44 umfassend zu informieren und Kinder vor Krankheiten
 45 zu schützen.
 46 Trotz der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe treten ge-
 47 fährliche Krankheiten wie Masern oder Keuchhusten in
 48 Deutschland immer wieder auf. Schwere Komplikatio-
 49 nen zum Teil mit Todesfolge können die Folge sein. Impf-
 50 verweigerer gehen nicht nur für ihre eigenen, sondern
 51 auch für andere Kinder ein hohes Risiko ein und gefähr-
 52 den die Gesundheit aller. Die Ständige Impfkommission
 53 am Robert-Koch-Institut in Berlin warnt deshalb, dass
 54 Deutschland beim Impfschutz immense Rückschritte
 55 zu verzeichnen hat. In den letzten Jahren traten zwei
 56 Drittel aller europäischen Masernfälle in Deutschland
 57 auf. Bei Ausbrüchen dieser und anderer „Kinderkrank-
 58 heiten“ mussten allein 2017 in mehreren Fällen Kinder-
 59 gärten, Schulen und Berufsschulen vorübergehend ge-

1 schlossen werden. Längst ausgestorbene Krankheiten
 2 gefährden plötzlich wieder unsere Gesellschaft.
 3 Um ungeimpfte Säuglinge sowie Menschen, die aus
 4 medizinischen Gründen nicht geimpft werden können,
 5 zu schützen, ist ein Herdenschutz mit einer Impfquote
 6 von mindestens 95 Prozent vonnöten. Um dies sicherzu-
 7 stellen, müssen nicht nur Eltern, sondern alle Erwachse-
 8 nen mit nichtausreichendem Impfschutz erreicht wer-
 9 den.
 10 Mangelnde Information und daraus resultierende Ver-
 11 unsicherung von Eltern ist ein wesentlicher Grund für
 12 Eltern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Ein weiterer
 13 Grund ist das Verpassen von Folgeimpfungen. Oben vor-
 14 geschlagene Maßnahmen sollen dem entgegenwirken.
 15 Aber auch nach umfassenderen Aufklärungsmaßnah-
 16 men wird es weiterhin Menschen geben, die sich dem
 17 Impfen grundsätzlich verweigern und die dadurch nicht
 18 nur sich selbst bzw. ihre Kinder gefährden. Dieser Ge-
 19 fährdung kann nur mit konsequenten Maßnahmen wie
 20 der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit ge-
 21 eigneten Sanktionierungsmaßnahmen begegnet wer-
 22 den, wie zum Beispiel in Italien, Frankreich und Austr-
 23 lien.
 24 Eine umfassendere Aufklärung, aufsuchende Beratung
 25 und die Einführung einer Impfpflicht für besonders
 26 schwere und/oder ansteckende Erkrankungen können
 27 zum Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft
 28 beitragen.

29 **A07/I/2018**
 30 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**
 31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 32
 33 **Sozialverträgliche Entsorgungsmöglichkeiten für Sperr-**
 34 **müll schaffen**
 35 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im
 36 Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich für die
 37 Wiedereinführung von kostenlosen Sperrmüllabholun-
 38 gen für Privathaushalte einzusetzen. Beispielhaft könn-
 39 te dabei die in anderen Städten bewährte Praxis sein, in
 40 denen jeder Haushalt zwei Sperrmüllkarten erhält. Die-
 41 se berechtigen dazu, zweimal jährlich zwei Kubikme-
 42 ter oder einmal jährlich vier Kubikmeter Sperrmüll vom
 43 kommunalen Entsorger kostenlos abholen zu lassen.
 44 Zudem mögen sich die sozialdemokratischen Mitglie-
 45 der im Senat und im Abgeordnetenhaus dafür stark
 46 machen, dass die BSR Privathaushalten zusammen
 47 mit diesen Sperrmüllkarten eine Liste mit Kontakt-
 48 daten von karitativen Organisationen zukommen
 49 lässt, die noch brauchbare Gegenstände kostenfrei
 50 abholen. Aushänge mit diesen Kontaktdaten sollten
 51 den Hausverwaltungen und Immobilienbesitzer*innen
 52 kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug
 53 sollten sie dazu verpflichtet sein, diese im Haus oder

Annahme (K)

1 den Müllräumen auszuhängen.

2

3 **Begründung**

4 In Berlin ist es für Privathaushalte erfreulicherweise
 5 möglich, eine begrenzte Menge an Sperrmüll kosten-
 6 frei in den Recyclinghöfen zu entsorgen. Allerdings
 7 besitzen immer weniger Menschen ein Auto mit dem
 8 sich größerer Gegenstände dorthin bringen lassen.
 9 Gleichzeitig können sich viele eine kostenpflichtige
 10 Abholung finanziell nicht leisten. Auch ist das Mieten
 11 eines Autos, über z.B. ein Carsharing-Angebot, mangels
 12 Führerschein nicht für alle möglich und bei größeren
 13 Gegenständen unpraktikabel. Alternativ bleibt für viele
 14 Mitbürgerinnen und Mitbürger dann nur die Möglich-
 15 keit, z.B. einen Transporter zu mieten, was umständlich
 16 und mit teilweise höheren Kosten verbunden ist, zumal
 17 sich nicht jede*r das Fahren eines solchen Transpor-
 18 ters zutraut. All dies führt dazu, dass die Hürde, den
 19 Sperrmüll auf den Recyclinghöfen zu entsorgen, viele
 20 zu hoch ist. Insbesondere für diese Bürgerinnen und
 21 Bürgern wollen wir über die Sperrmüllkarten ein kos-
 22 tenfreies Angebot schaffen. Zudem erhoffen wir uns
 23 dadurch eine Reduzierung der illegalen Entsorgung von
 24 Sperrmüll in der öffentlichen Straßenlandschaft, die in
 25 einigen Teilen Berlins ein großes Problem darstellt.
 26 Darüber hinaus wollen wir die Bürgerinnen und Bürger
 27 dazu ermutigen, noch brauchbare Gegenstände wenig
 28 begüterten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zur Ver-
 29 fügung zu stellen. Deswegen wollen wir Hausverwal-
 30 tungen und Immobilienbesitzer*innen dazu verpflich-
 31 ten, die Kontaktdaten von karikativen Organisationen,
 32 die derartige Gegenstände kostenfrei abholen, auszu-
 33 hängen. Eine entsprechende Liste wird von der BSR auf
 34 ihrer Homepage („Spenden statt wegwerfen“) bereits
 35 gepflegt.

36 **A08/I/2018**

37 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**

38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

39

40 **Ein Zeichen für die Demokratie setzen: 9. November als**
 41 **gesetzlicher Feiertag in Berlin**

42 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 43 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, sich
 44 dafür einzusetzen, dass der 9. November ab 2019 unter
 45 der Bezeichnung „Tag des Gedenkens“ als weiterer
 46 gesetzlicher Feiertag in Berlin eingeführt wird.

47

48 **Begründung**

49 Demokratische Werte und eine soziale, friedliche und
 50 freiheitliche Gesellschaft sind keine Selbstverständlich-
 51 keit. In kaum einer Stadt wird das so deutlich wie in
 52 Berlin mit seiner sehr bewegten Geschichte. Einerseits
 53 ist die deutsche Hauptstadt heute durch bunte Kieze
 54 geprägt und ist weit über die Landesgrenzen hinaus
 55 bekannt als ein Ort der Toleranz und der Weltoffenheit.
 56 Andererseits war Berlin in der Vergangenheit auch

Annahme (Kein Konsens)

1 schon der Inbegriff für Großmannssucht, von Hass
 2 und stand für die Spaltung der Welt in zwei feindliche
 3 Blöcke.
 4 Aber auch in der heutigen Zeit ist Berlin jenseits der
 5 Wahrnehmung als moderne Metropole ein Ort, in dem
 6 für viele demokratische Errungenschaften wieder und
 7 wieder gestritten werden muss. Die Berliner*innen zei-
 8 gen in ihrer Mehrzahl, dass so ein friedliches Zusam-
 9 menleben gelingen kann.
 10 Die zerrissene Geschichte Berlins ist auch aus Sicht der
 11 meisten hier lebenden Menschen eng mit einem Tag
 12 verbunden, dem 9. November.
 13 Der Tag erinnert an historische Irrwege genauso wie an
 14 große Leistungen und markiert damit Wendepunkte in
 15 der Geschichte Deutschlands und Europas.
 16 Wir gedenken an diesem Tag den Opfern der Reichspo-
 17 gromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Hunder-
 18 te Menschen kamen in Berlin und darüber hinaus in die-
 19 sen Tagen ums Leben, jüdische Geschäfte, Gotteshäuser
 20 und privates Eigentum wurden auf grausamste Weise
 21 zerstört. In der Folge verschärfte das Dritte Reich noch-
 22 mals seine Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung
 23 und begann mit der systematischen Verfolgung von Jü-
 24 dinnen und Juden, die im Holocaust mündete.
 25 51 Jahre später wurde der 9. November abermals zum
 26 Schicksalstag der Berliner*innen und des ganzen Lan-
 27 des. Ausgelöst durch die immer stärker werdenden,
 28 friedlichen Proteste der Menschen in der DDR sah sich
 29 die politische Führung gezwungen, öffentlich Zuge-
 30 ständnisse anzubieten. Im darauffolgenden Chaos ris-
 31 sen die Menschen die so lange unsere Stadt teilende
 32 Mauer in einer friedlichen Revolution nieder und legten
 33 somit den Grundstein für die Wiedervereinigung. In die-
 34 ser historischen Nacht fiel kein einziger Schuss.
 35 Der 9. November 1938 steht damit für den Beginn
 36 des Holocaust, den Niedergang der Demokratie, und
 37 letztlich auch der Menschlichkeit und des Rechtsstaa-
 38 tes. Der 9. November 1989 hingegen steht für den fried-
 39 lichen Kampf für die Demokratie und das Streben nach
 40 Freiheit für alle Menschen.
 41 Damit symbolisiert dieser Tag wie kein anderer die Zer-
 42 rissenheit unserer Stadt. Demokratie muss verteidigt
 43 werden, sonst wird sie ausgehöhlt und durch etwas an-
 44 deres ersetzt.
 45 Der „Tag des Gedenkens“ wäre kein Gedenktag wie je-
 46 der andere. Er konfrontiert uns sowohl mit den hellen
 47 als auch mit den dunklen Phasen unserer Geschichte.
 48 Gedenkveranstaltungen können durch den arbeitsfrei-
 49 en 9. November einem breiteren Publikum zugänglich
 50 gemacht werden. Der Tag könnte auch die öffentliche
 51 Diskussion über den Wert der Demokratie und den heu-
 52 tigen Umgang mit gesellschaftlichen Spannungen för-
 53 dern.
 54 Weitere bedeutende Ereignissen haben am 9. Novem-
 55 ber stattgefunden, die zum Teil in einer unmittelbaren
 56 Verbindung zu Berlin stehen:
 57 • 1848: standrechtliche Hinrichtung des Politikers
 58 und Revolutionärs Robert Blum
 59 • 1918: der Beginn der Novemberrevolution und die

1 zweimalige Ausrufung der deutschen Republik in
 2 Berlin durch den SPD-Politiker Philipp Scheidemann
 3 und den Sozialisten Karl Liebknecht
 4 • 1923: das Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches
 5 in München
 6 In allen diesen Fällen geht es entweder um den Einsatz
 7 für die Demokratie oder um ihren Verlust. Geschich-
 8 te kann man nicht wiedergutmachen. Die Frage lautet
 9 vielmehr, was wir daraus lernen. Und darin liegt die Ver-
 10 antwortung für die Gegenwart. Weil Demokratie nicht
 11 selbstverständlich ist, ist der 9. November als Tag der
 12 deutschen Demokratie wichtig, um über ihren Wert und
 13 ihre Erhaltung nachzudenken. In Zeiten in denen die de-
 14 mokratische Grundordnung infrage gestellt wird, müs-
 15 sen wir den sozialen Zusammenhalt und die parlamen-
 16 tarische Demokratie verteidigen.

17 **A09/I/2018**
 18 **Abt. 07 (Bellevue)**
 19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20
 21 **Europatag zum Feiertag werden lassen!**
 22 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Mit-
 23 glieder der SPD im Senat von Berlin werden gebeten,
 24 sich bei den Überlegungen für einen weiteren Feiertag
 25 für den Europatag am 9. Mai als gesetzlichen Feiertag
 26 in Berlin einzusetzen.

27
 28 **Begründung**
 29 Berlin gehört in Deutschland und Europa zu den
 30 Ländern mit den wenigsten Feiertagen. Nachdem die
 31 norddeutschen Länder (HH, SH, NI und HB) beschlossen
 32 haben, den Reformationstag als zusätzlichen Feiertag
 33 einführen zu wollen, wird auch in Berlin überlegt, einen
 34 weiteren Feiertag einzuführen.
 35 Vorgeschlagen wurden unter anderem der 27. Januar
 36 (Befreiung von Auschwitz), der 8. Mai (Tag der Befrei-
 37 ung vom Faschismus) und der 23. Mai (Tag des Grundge-
 38 setzes). Auch religiöse Tage (31. Oktober – Reformations-
 39 tag) oder ein muslimischer Feiertag wurden erwogen.
 40 Die oben genannten Tage sind ohne Zweifel wichtige
 41 Tage in der Geschichte Deutschlands, die auch weiter-
 42 hin gewürdigt werden sollen. Jedoch weisen sie in die
 43 Vergangenheit. Während der 9. Mai als Europatag ein
 44 Zeichen des Aufbruchs und der aus Nationalsozialismus
 45 und Krieg gezogenen Lehren begriffen werden kann.
 46 Mit den europäischen Verträgen und der Europäischen
 47 Union können und werden nationalstaatliche Grenzen
 48 überwunden und die Voraussetzungen geschaffen für
 49 ein Europa des Friedens, des Rechts und der Freiheit.
 50 Der 9. Mai verweist auf die Rede des französischen
 51 Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950, die
 52 als Schuman-Erklärung bekannt wurde und in die Grün-
 53 dung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und
 54 Stahl mündete. 1985 wurde von den EU-Staats- und Re-
 55 gierungschefs beschlossen, mit dem jährlichen Europa-
 56 tag an dieses Ereignis zu erinnern. Der Europatag ist ei-

Ablehnung (Kein Konsens)

1 nes der europäischen Symbole neben der Flagge (Kreis
 2 von zwölf goldenen Sternen auf blauem Hintergrund),
 3 der Hymne (Ode an die Freude aus der 9. Sinfonie von
 4 Ludwig van Beethoven), der Devise der Union „In Viel-
 5 falt geeint“ und dem Euro.
 6 Nach dem Scheitern des Europäischen Verfassungsver-
 7 trags wurden die Symbole zwar nicht in den Lissabon-
 8 Vertrag übernommen, Deutschland hat jedoch mit
 9 15 weiteren EU-Mitgliedsstaaten offiziell erklärt, diese
 10 Symbole dennoch anzuerkennen. Am 9. Mai finden jähr-
 11 lich zahlreiche Veranstaltungen nicht nur der Europäi-
 12 schen Institutionen statt.
 13 Mit dem europäisch orientierten Feiertag würde den
 14 Menschen die große Bedeutung der europäischen Eini-
 15 gung für Frieden und Wohlstand verdeutlicht. Gerade
 16 Berlin profitiert in vielfältiger Weise von Europa und ar-
 17 beitet als weltoffene europäische Metropole seit vielen
 18 Jahren im größten europäischen Städtenetzwerk Euro-
 19 cities aktiv mit. In einer Zeit, in der die europäische Ei-
 20 nigung vor vielfältigen Herausforderungen steht, ist es
 21 wichtig, das Thema Europa positiv zu besetzen und da-
 22 mit zugleich ein deutliches Zeichen für Europa und ge-
 23 gen Fremdenfeindlichkeit und Populismus zu setzen.

24 **A10/I/2018**
 25 **Abt. 07 (Bellevue)**
 26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 27

28 **Vermeidung von Doppelfunktionen**

29 Wir sprechen uns dafür aus, bei der Besetzung von ge-
 30 schäftsführenden Vorständen zu vermeiden, dass diese
 31 Gremien von Vertreter*innen öffentlicher Wahlämter
 32 und / oder politischer Beamt*innen wie Regierende*r
 33 Bürgermeister*in, Senator*in, Staatssekretär*in, Be-
 34 zirkbürgermeister*in, Stadtrat/-rätin derselben Ebene
 35 dominiert werden.
 36

37 **Begründung**

38 Erstens können Interessenkonflikte zwischen Partei-
 39 funktion (z.B. Spenden einwerbende/r Kassierer*in)
 40 und einem öffentlichen Amt (z.B. Senator*in, Bezirks-
 41 bürgermeister*in) nicht ausgeschlossen werden.
 42 Zweitens ist die mit den o.g. öffentlichen Wahlämtern
 43 in der Exekutive zwangsläufig verbundene Konzentra-
 44 tion auf die Umsetzung von konkretem Regierungs- und
 45 Verwaltungshandeln eher bremsend für kreative Initia-
 46 tiven in der Partei, die Visionen für die Zukunft über die
 47 tagespolitischen Notwendigkeiten einer Regierung und
 48 Verwaltung hinaus entwickeln soll („Schere im Kopf“).
 49 Drittens sollten wir angesichts der Tatsache, dass so-
 50 wohl im Landesverband Berlin als auch im Kreisverband
 51 Mitte viele engagierte und kluge Parteimitglieder orga-
 52 nisiert sind, mehr Raum geben für personelle Erneue-
 53 rung, die sowohl die Arbeitsressourcen Einzelner schont
 54 als auch mehr Chancen für eine Verbreiterung der Per-
 55 sonalauswahl bietet.
 56 Viertens sind personelle Doppelfunktionen mit einer

Ablehnung (Kein Konsens)

1 hohen Belastung verbunden, die auf Kosten der Be-
2 dürfnisse der Partei oder des öffentlichen Amtes bzw.
3 der Aufgabe als politische Wahlbeamt*in gehen könn-
4 te. Daraus folgt, dass viel weniger politische Strategien
5 entwickelt oder angeregt werden können und dass ein
6 intensiver Dialog mit den Parteimitgliedern nicht im ge-
7 wünschsten Umfang realisiert werden kann.
8 Die SPD braucht Erneuerung und eine Diskussion um ihr
9 Führungspersonal, um sich wieder zu einer Partei mit
10 Zukunftsstrategien zu entwickeln.

11 **Ä1 zum A10/I/2018**
12 **Abteilung 3**
13
14
15 **Seite 24, Zeile 11, Ändern**
16 Streiche Zeile 11 „Der Bundesparteitag möge be-
17 schließen“
18 Ergänze hinter „Vorstände“ „in Gliederungen der SPD“

19 **A11/I/2018**
20 **ASF Mitte**
21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
22 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
23
24 **§ 219a StGB jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit**
25 **und sexuelle Selbstbestimmung**
26 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den
27 eingebrachten Gesetzentwurf auf Abschaffung des
28 § 219a StGB in dieser Form weiter zu verfolgen und
29 für sexuelle Selbstbestimmungsrechte einzustehen!
30 Wir sprechen uns gegen eine Kompromisslösung aus,
31 die nicht die vollständige Streichung des §219a vorsieht.
32
33 **Begründung**
34 Aktuell wurden Ärztinnen und Ärzte zu Geldstrafen
35 verurteilt, die Informationen auf Ihrer Webseite zum
36 Thema Schwangerschaftsabbruch sowie zu dessen
37 Durchführung in ihrer Praxis veröffentlicht haben.
38 Der § 219a ist mit „Werbung“ überschrieben, verbietet
39 aber auch sachliche Information, indem er jedem und
40 jeder Strafe androht, der oder die Schwangerschaftsab-
41 brüche, so der Gesetzestext, öffentlich „anbietet, an-
42 kündigt, anpreist“. Diese sehr weitreichende Formulie-
43 rung verbietet potentiell nicht nur die „Werbung für den
44 Schwangerschaftsabbruch“, wie es der Titel des § 219a
45 StGB nahe legt, sondern auch das Anbieten von ärzt-
46 lichen Leistungen wie Informationen zum Schwanger-
47 schäftsabbruch.
48 Es kann nicht sein, dass Ärztinnen und Ärzte, die me-
49 dizinische Informationen für Frauen zum Schwanger-
50 schäftsabbruch anbieten, kriminalisiert werden. Die er-

Erledigt (K)

1 satzlose Streichung des § 219a StGB entspricht deshalb
2 einer Aktualisierung der Gesetzeslage, die notwendig
3 ist, um Widersprüche auszuräumen und Ärztinnen und
4 Ärzte zu entkriminalisieren.
5 Menschen, die einen Abbruch vornehmen lassen wol-
6 len, benötigen Zugang zu medizinischer Beratung und
7 einer Auswahl an Ärztinnen und Ärzten, die sie unter-
8 stützen können. Information ist hierbei der erste und
9 wichtigste Schritt.
10 Die offiziellen Beratungsstellen haben längst keine voll-
11 ständigen Listen, auf denen entsprechende Ärztinnen
12 und Ärzte verzeichnet sind, die Abbrüche vornehmen.
13 Durch das Fehlen flächendeckender, zugänglicher In-
14 formationen über Ärztinnen und Ärzte, die einen Ab-
15 bruch vornehmen, müssen Betroffene z.T. weite We-
16 ge, manchmal bis in andere Bundesländer zurücklegen.
17 Dies benachteiligt Menschen, denen nicht die finanziel-
18 len und zeitlichen Ressourcen dafür zur Verfügung ste-
19 hen. Die Streichung des § 219a hat damit eine intersek-
20 tionale Dimension, da es hier zu verschränkten Mehr-
21 fachdiskriminierungen kommt. Damit ist vor allem auch
22 eine soziale Frage. Ein freier Zugang zu medizinischen
23 Informationen ist daher Teil eines selbstbestimmten Le-
24 bens und für uns Sozialdemokratinnen und Sozialde-
25 mokraten nicht verhandelbares Grundrecht.
26 Die SPD Bundestagsfraktion hat am 02.03.2018 einen
27 Gesetzesentwurf zur Streichung des § 219a StGB in den
28 Bundestag eingebracht, aber auf Druck der Union die-
29 sen noch nicht beraten. Wir akzeptieren nicht, dass me-
30 dizinische Informationen und Frauenrechte dem Frie-
31 den in der Koalition geopfert werden.
32 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist
33 klar, dass sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen
34 ein Grundrecht ist. Sexuelle Selbstbestimmung kann
35 nur dann gelebt werden, wenn alle Menschen frei-
36 en Zugang zu Informationen über medizinische Be-
37 handlungen haben. Der angebliche „Lebensschutz“ der
38 CDU/CSU darf nicht dafür sorgen, dass Frauen in einer
39 solch sensiblen Situation wie einer frühen Schwanger-
40 schaft die Informationen über ihre Möglichkeiten vor-
41 enthalten werden.
42 Langfristig muss in der SPD und ihren Arbeitsgemein-
43 schaften eine Debatte über die Abschaffung der Straf-
44 barkeit des Schwangerschaftsabbruches geführt wer-
45 den. Die Fristenlösung, die faktisch keine Rechtssicher-
46 heit für Ärztinnen und Ärzte und Patientinnen bedeu-
47 tet, ist nicht akzeptabel. Repressive Gesetze, die Frauen
48 und Ärztinnen und Ärzte unterdrücken, lehnen wir ab!

1 **Ä1 zum A11/I/2018**
 2
 3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 6
 7
 8 **Seite , Zeile komplett, Ändern**
 9 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozial-
 10 demokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu
 11 auf, den von der SPD-Bundestagsfraktion am 11.12.201
 12 eingebrachten Gesetzentwurf auf Abschaffung des
 13 § 219a StGB in dieser Form weiter zu verfolgen und
 14 für sexuelle Selbstbestimmungsrechte einzustehen!
 15 Wir sprechen uns gegen eine Kompromisslösung aus,
 16 die nicht die vollständige Streichung des §219a StGB
 17 vorsieht.

18 **A12/I/2018**
 19 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**
 20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 21 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 22
 23 **Streichung §219a StGB**
 24 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die er-
 25 satzlose Streichung des § 219a StGB zügig umzusetzen.
 26
 27 **Begründung**
 28 Das Anbieten von Informationen über die Durchfüh-
 29 rung von Schwangerschaftsabbrüchen darf nicht zur
 30 strafrechtlichen Verfolgung von Ärztinnen und Ärzten
 31 führen. Dies stellt eine Kriminalisierung von Ärztinnen
 32 und Ärzten dar.
 33 Informationen über medizinische Behandlungen müs-
 34 sen grundsätzlich frei zugänglich sein. Frauen dürfen in
 35 ihrem Recht auf freie Information, freie Arztwahl und
 36 sexuelle Selbstbestimmung nicht eingeschränkt wer-
 37 den.

Erledigt (K)

38 **A13/I/2018**
 39 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**
 40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 42
 43 **Kleinere Geburtskliniken nicht schließen!**
 44 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass nicht
 45 noch mehr kleinere Geburtskliniken aus wirtschaft-
 46 lichen Gründen geschlossen werden. Der Status quo
 47 muss im Interesse einer wohnortnahen und qualitativ
 48 hochwertigen Geburtshilfe dringend aufrechterhalten

Annahme (K)

1 werden. Mindestmengen für Geburten, die aus ökonomischen Gründen für Geburtskliniken erhoben werden, lehnen wir ab.

4

5 **Begründung**

6 Die AOK fordert in ihrem Krankenhausbericht 2017, 7 Geburtskliniken zu schließen, in denen weniger als 8 500 Kinder pro Jahr geboren werden. Eine Mindestmengenregelung von 500 Geburten im Jahr würde die 9 Schließung etwa jeder dritten der noch existierenden 10 700 Geburtshilfen bedeuten. Dies würde vor allem 11 Kliniken in ländlicheren Regionen treffen.

12
13 Einer Studie des gemeinnützigen Picker-Instituts zufolge ist die Versorgung der Gebärenden und Wöchnerinnen in kleineren Kliniken mit bis zu 500 Geburten im 14 Jahr aus Sicht der Betroffenen besser als in großen Häusern mit über 2000 Geburten pro Jahr.

15
16
17
18 Die Mehrheit der Gebärenden und auch die große Mehrheit der Neugeborenen braucht eine gute Grundbetreuung für die Fragen, die sich bei einer Geburt ohne Komplikationen ergeben, und nicht die in großen Krankenhäusern vorhandene Expertise über eine Geburt mit 19 Komplikationen. Eine Geburt ist in erster Linie ein natürlicher Prozess und keine Krankheit. In großen Häusern ist aber genau diese Grundbetreuung oft nicht gegeben, da die Hebammen und das medizinische Personal sich auf zu viele Geburten gleichzeitig konzentrieren müssen und die „normalen“ Fälle weniger Beachtung verlangen als diejenigen mit Komplikationen. 20
21
22
23
24
25
26
27
28
29 Doch auch eine „normale“ Geburt hat bestmögliche Betreuung verdient! Und diese bestmögliche Betreuung mit Hebammen, die Zeit für die werdende Mutter und das Kind haben, ist in kleineren Kliniken eher gegeben.

30
31
32
33
34 Weiterhin führen große Kliniken mit medizinischen Ressourcen aus Gründen der Verfügbarkeit unter anderem auch dazu, dass schneller medizinische Eingriffe wie ein Kaiserschnitt durchgeführt werden, wo dieser vielleicht noch gar nicht nötig gewesen wäre. 35
36
37
38
39 Hinzu kommt, dass in ländlicheren Regionen und bei weiterer Entfernung vom Krankenhaus oft eine zeitigere Anreise ins Krankenhaus erfolgt, die zum einen wiederum schneller zu einem medizinischen Eingriff bei der 40
41
42
43
44
45
46
47
48
49 Geburt führen kann, zum anderen zu einer schlechteren persönlichen Betreuung der Gebärenden durch die Familie, die eine größere Entfernung zurücklegen muss und dies unter Umständen nicht leisten kann. Des Weiteren kann die größere Entfernung zum Krankenhaus dazu führen, dass Frauen ein Krankenhaus nicht mehr rechtzeitig erreichen, bevor die Geburt beginnt.

1 **A14/I/2018**
 2 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impf-**
 7 **pflicht in Deutschland einführen!**
 8 1) Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impf-
 9 **pflicht für Kinder zur Prävention besonders schwe-**
 10 **rer und/oder ansteckender Krankheiten ein. Die Impf-**
 11 **pflicht soll die aktuell von der Ständigen Impfkommis-**
 12 **sion (STIKO) empfohlenen Impfungen umfassen. In der**
 13 **abschließenden Liste enthalten sind folgende Krank-**
 14 **heiten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphtherie (Brä-**
 15 **une), Pertussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kinderläh-**
 16 **mung), Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib (Ha-**
 17 **emophilus influenzae Typ b), Varizellen (Windpocken),**
 18 **Meningokokken, Pneumokokken, Rotaviren und HPV**
 19 **(Humane Papillomaviren).**
 20 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Ge-
 21 setzentwurf zu erarbeiten, der
 22 • die STIKO am Robert-Koch-Institut in Berlin beauf-
 23 tragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der
 24 Liste schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu er-
 25 stellen und die Bundesregierung entsprechend zu
 26 beraten. Die Ergänzung der oben genannten Lis-
 27 te impfpflichtiger Krankheiten bedarf der Gesetzes-
 28 form.
 29 • sicherstellt, dass Eltern impfpflichtiger Kinder von
 30 den Kinder- oder HausärztInnen umfänglich über
 31 Wirkungen und Nebenwirkungen vorgeschriebener
 32 Impfungen informiert werden.
 33 • eine breit angelegte Informationskampagne der
 34 Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung
 35 (BzGA) enthält, die über das Impfen aufklärt.
 36 • ein wirksames und durchsetzbares mehrstufiges
 37 Sanktionierungsverfahren wie z.B. im Rahmen der
 38 Schulpflicht enthält.
 39
 40 Die KDV möge beschließen,
 41 der LPT möge beschließen,
 42 2) Der Senat wird aufgefordert, die bezirklichen
 43 öffentlichen Gesundheitsdienste (ÖGD) finanziell so
 44 auszustatten, dass es ihnen ermöglicht wird, bei schwer
 45 erreichbaren Bevölkerungsgruppen, eine aufsuchende
 46 Impfberatung durchführen zu können.
 47
 48 **Begründung**
 49 Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, für die
 50 Schwächsten der Gesellschaft einzustehen. Kinder sind
 51 eine besonders sensible Gruppe. Sie können sich noch
 52 nicht selbstständig vor Krankheiten schützen. Es ist
 53 deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Eltern
 54 in Bezug auf die Gesundheit ihrer Kinder möglichst
 55 umfassend zu informieren und Kinder vor Krankheiten
 56 zu schützen. Impfverweigerer gehen nicht nur für ihre
 57 eigenen, sondern auch für andere Kinder ein hohes
 58 Risiko ein und gefährden die Gesundheit aller. Die

wird nachgereicht

1 Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut
2 (RKI) in Berlin warnt deshalb, dass Deutschland beim
3 Impfschutz immense Rückschritte zu verzeichnen hat.
4 In den letzten Jahren traten zwei Drittel aller europäi-
5 schen Masernfälle in Deutschland auf. Bei Ausbrüchen
6 dieser und anderer „Kinderkrankheiten“ mussten allein
7 2017 in mehreren Fällen Kindergärten, Schulen und
8 Berufsschulen vorübergehend geschlossen werden.
9 Längst ausgestorbene Krankheiten gefährden plötzlich
10 wieder unsere Gesellschaft. Eine umfassendere Aufklä-
11 rung, aufsuchende Beratung und die Einführung einer
12 Impfpflicht für besonders schwere und/oder anstecken-
13 de Erkrankungen kann dieses Problem lösen.

14 **Ä1 zum A14/I/2018**

15 **Abteilung 15 & 16**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

18

19

20 **Seite , Zeile komplett, Ändern**

21 **Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impf-**
22 **pflicht in Deutschland einführen!**

23 Die SPD verschreibt sich dem Ziel, gefährliche und/oder
24 ansteckende Krankheiten, wie zum Beispiel Masern, Rö-
25 teln und Keuchhusten in Deutschland zu eliminieren.
26 Hierzu unterstützt die SPD umfassende Maßnahmen,
27 die dazu geeignet sind, die Impfquoten gemäß der Emp-
28 fehlung der Ständigen Impfkommission(STIKO) zu erhö-
29 hen.

30 1.

31 Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht
32 für Kinder zur Prävention besonders schwerer und/oder
33 ansteckender Krankheiten ein. Die Impfpflicht soll die
34 aktuell von der STIKO empfohlenen Impfungen umfas-
35 sen. In der abschließenden Liste enthalten sind folgen-
36 de Krankheiten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphte-
37 rie (Bräune), Pertussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kin-
38 derlähmung), Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib
39 (Haemophilus influenzae Typ b), Varizellen (Windp-
40 cken), Meningokokken, Pneumokokken, Rotaviren und
41 HPV (Humane Papillomaviren).

42 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Ge-
43 setzentwurf zu erarbeiten, der

44 a) die STIKO am Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin be-
45 auftragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der
46 Liste schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu erstel-
47 len und die Bundesregierung entsprechend zu beraten.
48 Die Ergänzung der oben genannten Liste impfpflichti-
49 ger Krankheiten bedarf der Gesetzesform.

50 b) ein wirksames mehrstufiges Sanktionierungsverfah-
51 ren – wie z.B. bei der Durchsetzung der Schulpflicht
52 – enthält. Um ein wirksames und durchsetzungsfähi-
53 ges mehrstufiges Sanktionierungsverfahren aufzubauen,
54 soll geprüft werden, ob neben der Einführung eines
55 Bußgeldtatbestands bei Impfverweigerung bestimmte
56 Leistungen und Angebote des Bundes, der Länder und

- 1 der Kommunen mit dem Nachweis der Impfungen ge-
 2 mäß der STIKO verknüpft werden können.
 3 2.
 4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und
 5 der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die
 6 nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang
 7 zu Impfungen möglichst einfach zu gestalten. Die so-
 8 zialdemokratischen Mitglieder von Landesregierungen
 9 werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten
 10 entsprechend zu handeln.
 11 Hierzu zählt u.a.:
- 12 a) Eine gezielte Kampagne der Bundeszentrale für Ge-
 13 sundheitliche Aufklärung soll die Internetpräsenz von
 14 einfach verständlichen, wissenschaftlich fundierten In-
 15 formationen zu Impfungen erhöhen. Analog zur Bro-
 16 schüre zum Plötzlichen Kindstod sollen in Krankenhäu-
 17 sern bei der U2 Informationen zu Impfungen verteilt
 18 werden.
 - 19 b) Ein Erinnerungssystem soll eingeführt bzw. beste-
 20 hende Systeme ausgebaut werden, um sowohl an Erst-
 21 als auch an Auffrischungsimpfungen flächendeckend
 22 zu erinnern.
 - 23 c) Fehlende Impfungen sollen im Rahmen der Schul-
 24 eingangsuntersuchungen durch die Gesundheitsämter
 25 nachgeholt werden.
 - 26 d) Um die Impfquote in allen Altersklassen zu erhö-
 27 hen, soll geprüft werden, ob Impfungen fachübergrei-
 28 fend durch Ärzt*innen durchgeführt und abgerechnet
 29 werden können zum Beispiel bei Impfungen der Eltern
 30 durch Kinderärzt*innen.
 - 31 e) Die bezirklichen öffentlichen Gesundheitsdienste
 32 (ÖGD) sind finanziell so auszustatten, dass es ihnen
 33 ermöglicht wird, bei schwer erreichbaren Bevölkerungs-
 34 gruppen, eine aufsuchende Impfberatung durchführen
 35 zu können.

36
 37 **Begründung**
 38 Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, für die
 39 Schwächsten der Gesellschaft einzustehen. Kinder sind
 40 eine besonders sensible Gruppe. Sie können sich noch
 41 nicht selbstständig vor Krankheiten schützen. Es ist
 42 deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Eltern
 43 in Bezug auf die Gesundheit ihrer Kinder möglichst
 44 umfassend zu informieren und Kinder vor Krankheiten
 45 zu schützen.
 46 Trotz der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe treten
 47 gefährliche Krankheiten wie Masern oder Keuchhus-
 48 ten in Deutschland immer wieder auf. Schwere Kom-
 49 plikationen zum Teil mit Todesfolge können die Folge
 50 sein. Impfverweigerer gehen nicht nur für ihre eige-
 51 nen, sondern auch für andere Kinder ein hohes Risi-
 52 ko ein und gefährden die Gesundheit aller. Die Ständi-
 53 ge Impfkommision am Robert-Koch-Institut in Berlin
 54 warnt deshalb, dass Deutschland beim Impfschutz im-
 55 mense Rückschritte zu verzeichnen hat. In den letzten
 56 Jahren traten zwei Drittel aller europäischen Masernfäl-
 57 le in Deutschland auf. Bei Ausbrüchen dieser und ande-
 58 rer „Kinderkrankheiten“ mussten allein 2017 in mehre-
 59 ren Fällen Kindergärten, Schulen und Berufsschulen vor-

1 übergehend geschlossen werden. Längst ausgestorbe-
 2 ne Krankheiten gefährden plötzlich wieder unsere Ge-
 3 sellschaft.
 4 Um ungeimpfte Säuglinge sowie Menschen, die aus
 5 medizinischen Gründen nicht geimpft werden können,
 6 zu schützen, ist ein Herdenschutz mit einer Impfquote
 7 von mindestens 95 Prozent vonnöten. Um dies sicherzu-
 8 stellen, müssen nicht nur Eltern, sondern alle Erwachse-
 9 nen mit nichtausreichendem Impfschutz erreicht wer-
 10 den.
 11 Mangelnde Information und daraus resultierende Ver-
 12 unsicherung von Eltern ist ein wesentlicher Grund für
 13 Eltern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Ein weiterer
 14 Grund ist das Verpassen von Folgeimpfungen. Oben vor-
 15 geschlagene Maßnahmen sollen dem entgegenwirken.
 16 Aber auch nach umfassenderen Aufklärungsmaßnah-
 17 men wird es weiterhin Menschen geben, die sich dem
 18 Impfen grundsätzlich verweigern und die dadurch nicht
 19 nur sich selbst bzw. ihre Kinder gefährden. Dieser Ge-
 20 fährdung kann nur mit konsequenten Maßnahmen wie
 21 der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit ge-
 22 eigneten Sanktionierungsmaßnahmen begegnet wer-
 23 den, wie zum Beispiel in Italien, Frankreich und Austr-
 24 lien.
 25 Eine umfassendere Aufklärung, aufsuchende Beratung
 26 und die Einführung einer Impfpflicht für besonders
 27 schwere und/oder ansteckende Erkrankungen können
 28 zum Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft
 29 beitragen.

30 **A16/I/2018**
 31 **Jusos Mitte**
 32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 33 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 34
 35 **Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkoh-**
 36 **leausstieg schrittweise einleiten!**
 37 Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klima-
 38 wandel hat besorgniserregende Folgen für Deutschland
 39 und die Welt. Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind
 40 seit acht Jahren nicht mehr nennenswert gesunken –
 41 dies gilt trotz steigendem Anteil erneuerbarer Energi-
 42 en auch für die Stromerzeugung. Einen großen Anteil
 43 an den Emissionen hat die Verstromung von Braun- und
 44 Steinkohle. Diese ist aus verschiedenen Gründen, ins-
 45 besondere wegen Versäumnissen bei der Energie- und
 46 Klimapolitik, in den letzten Jahren nahezu konstant ge-
 47 blieben. Deutschland steht kurz davor, seine nationa-
 48 len Klimaschutzziele für 2020 und 2030 nicht einhalten
 49 können.
 50 **Globale Verantwortung wahrnehmen**
 51 Deutschland hat beim Kampf gegen die Klimakrise eine
 52 globale Verantwortung. Zu einem, weil es im weltwei-
 53 ten Vergleich einen hohen CO₂-Ausstoß pro Kopf auf-

Annahme (K)

1 weist und damit zu den Hauptverursachern des Klima-
2 wandels zählt. Und zum anderen, weil die Bundesrepu-
3 blik aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres techno-
4 logischen Knowhows zu den wenigen Industriestaaten
5 gehört, die vom Potential her in der Lage sind, die En-
6 ergiewende hin zu einer vollständig regenerativen Er-
7 zeugung mit all ihren Elementen in der Erzeugungs-
8 und Infrastruktur technisch, ökonomisch und sozial oh-
9 ne unakzeptable Verwerfungen zu vollziehen – und dies
10 in überschaubarer Zeit. Gelänge dieser Übergang noch
11 deutlich vor 2050 und würden die technischen, ökon-
12 omischen und sozialen Innovationen auf dem Weg da-
13 hin weltweit sichtbar, so wäre dies ein wahrhaft histori-
14 scher Beitrag Deutschlands dafür, andere Länder zu er-
15 mutigen bzw. überhaupt erst in die Lage zu versetzen,
16 einen ähnlichen Weg zu gehen. Unter anderem des-
17 halb, weil die Bundesrepublik Technologie-Lernkurven
18 finanziert, die es auch anderen Staaten ermöglicht, re-
19 generative Erzeugungsanlagen preiswert einzusetzen.
20 Im Kampf gegen die Erderwärmung würde so die Ein-
21 haltung des globalen 2-Grad-Ziels bzw. möglichst des
22 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens deutlich realisti-
23 scher.

24 Auf den internationalen Klimakonferenzen präsentiert
25 sich Deutschland jedoch zunehmend als ideenloser und
26 klimapolitisch gelähmter Teilnehmer. Denn mit einer
27 konstant hohen Kohleverstromung und einem zuletzt
28 wieder steigenden CO₂-Ausstoß, drohen wir das natio-
29 nale Klimaziel einer Minderung der Treibhausgasemis-
30 sionen von minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990
31 krachend zu verfehlen. Damit verhält sich Deutschland
32 unsolidarisch im Kampf für einen konsequenten Klima-
33 schutz. Wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert
34 wird, gefährdet dies auch den weiteren internationalen
35 Verhandlungsprozess, in dem es jetzt darauf ankommt,
36 das Klimaschutzabkommen von Paris wirksam auszu-
37 gestalten. Klar ist dabei, Deutschland muss schrittwei-
38 se aus der Kohleverstromung aussteigen, wenn die Um-
39 welt geschützt und die Klimaziele erreicht werden sol-
40 len. Gerade Braunkohlekraftwerke mit ihren niedrigen
41 Brennstoffkosten sind aktuell so stark ausgelastet wie
42 seit Jahren nicht mehr. Ein konsequentes Umdenken in
43 der Energiepolitik muss stattfinden und erfordert jetzt
44 politische Entscheidungen.

45 **Schrittweisen Kohleausstieg einleiten**

46 Ein schrittweiser Kohleausstieg muss unverzüglich ein-
47 geleitet werden. Damit könnten nicht nur große Emis-
48 sionsreduktionen zu relativ geringen Kosten erreicht wer-
49 den, sondern es gäbe zudem erhebliche positive Wir-
50 kungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit, vor
51 allem, weil die Emissionen von Quecksilber, Schwefel-
52 dioxid, Stickstoffoxiden und Feinstäuben reduziert wür-
53 den. Eine emissionsarme Stromerzeugung ist darüber
54 hinaus Voraussetzung für die erfolgreiche Dekarboni-
55 sierung des Verkehrs und der Wärmeversorgung, die im
56 Zuge einer Sektorkopplung zunehmend strombasiert
57 sein werden.

58 Das Ende der Steinkohle ist absehbar, bis 2018 wird der
59 Abbau in Deutschland beendet. Nicht so bei der Braun-

1 kohle, derzeit gibt es noch zehn aktive Tagebaue. Braun-
2 kohle ist der mit Abstand umweltschädlichste Energie-
3 träger. Kein anderer Brennstoff verursacht bei der Ver-
4 brennung mehr CO₂, sein Abbau zerstört weiträumig
5 Natur und Landschaften und vertreibt Menschen aus ih-
6 rer Heimat.

7 Braunkohle gilt noch immer als „billiger“ Rohstoff –
8 eine Beschreibung, die falscher nicht sein könnte. Die
9 Folgekosten für Umwelt und Klima werden durch die
10 Strompreise kaum abgebildet. Es gibt in Deutschland
11 keinen größeren Eingriff in Natur, Landschaft und Ge-
12 wässerhaushalt als die Tagebaue. Auf bislang mehr als
13 175.000 Hektar Fläche haben sich Braunkohlebagger in
14 den Untergrund gewühlt und dabei wertvolle Ackerflä-
15 chen, Grünland, uralte Wälder, Gewässer und Siedlun-
16 gen zerstört. Werden allein die schon genehmigten Ta-
17 gebaue voll ausgeschöpft, würde rund drei Mal mehr
18 Kohle verbraucht als mit unseren Klimazielen vereinbar
19 wäre.

20 Um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad,
21 möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie in Paris be-
22 schlossen und von Deutschland völkerrechtlich bindend
23 ratifiziert, muss der vollständige Ausstieg aus der Koh-
24 leverstromung bis spätestens 2030 abgeschlossen sein.
25 Rund 60 Prozent der Braunkohle, deren Abbaggerung
26 bereits genehmigt ist, muss im Boden bleiben. Es dürfen
27 keine neuen Tagebaue mehr eröffnet werden. Derzeit
28 gibt es noch drei große Tagebauregionen: das Lausitzer
29 Revier in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen,
30 das Mitteldeutsche Revier in den Bundesländern Sach-
31 sen und Sachsen-Anhalt sowie das Rheinische Revier
32 in Nordrhein-Westfalen. Obwohl schon die Braunkohle
33 in den genehmigten Tagebauen größtenteils im Boden
34 bleiben müsste, sind weitere sechs neue Tagebaue in
35 Planung. Durch aktuelle und geplante Tagebaue drohen
36 rund 8.500 Menschen ihre Heimat zu verlieren. Hinzu
37 kommt: Allein durch Verstromung Braunkohle aus neu-
38 en Tagebauen würden ca. 1,6 Gigatonnen CO₂ emittiert
39 werden – mehr als 15 Prozent aller Treibhausgasemis-
40 sionen, die Deutschland im Rahmen des Pariser Abkom-
41 mens rechnerisch insgesamt noch zustehen.

42 **Ausstieg sozialverträglich und proaktiv gestalten**

43 Wenn die Kohleverstromung zurückgeht, wird regio-
44 nal ein Strukturwandel beschleunigt, der auch mit Ar-
45 beitsplatzverlusten in den betroffenen Branchen ein-
46 hergeht. Es ist nötig, diesen Wandel sozialverträglich
47 zu gestalten und durch neue Arbeitsplätze in der En-
48 ergiewirtschaft oder anderen Branchen zu kompensie-
49 ren. Die Kohleregionen brauchen dafür jetzt Planungs-
50 sicherheit und Investitionen für den nötigen Struktur-
51 wandel – an einem veralteten Energieträger festzuhal-
52 ten, wird ihnen nicht weiterhelfen. Betriebsbedingte
53 Kündigungen infolge des Kohleausstiegs in den Unter-
54 nehmenstypen sind in jedem Fall zu verhindern. Da-
55 für sind angesichts der Altersstruktur der Beschäftig-
56 ten in der Braunkohlewirtschaft vorrangig Instrumente
57 wie Altersteilzeit oder Vorruhestand zu nutzen. Mit dem
58 Kohleausstieg verbundene Lücken bei Einkommen oder
59 Altersbezügen für die Beschäftigten sind angemessen

1 zu schließen. Ferner würde die Beschleunigung des Aus-
2baus erneuerbarer Energien und gezielte Regionalent-
3wicklung Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Für
4die Braunkohleregionen soll hierzu hinaus ein Fonds be-
5reitet werden, welcher jährlich mit mindestens 500 Mio.
6Euro ausgestattet werden soll. Dieser Betrag entspräche
7knapp der Hälfte der laufenden jährlichen Steinkohle-
8subventionen. Mit dem Auslaufen des Steinkohleberg-
9baus und dessen Subventionen in 2018 könnte ein Teil
10dieser Gelder gezielt für die Strukturentwicklung in den
11Braunkohlerevieren verwendet werden. Zentral ist, dass
12es gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen entwickelt
13und beschlossen wird. Ziel eines solchen Programms
14sollte es sein, die derzeitigen Braunkohlereviere nach-
15haltig weiterzuentwickeln und somit eine mögliche De-
16industrialisierung zu verhindern. Eine aktive Struktur-
17politik gezielt für diese Regionen sollte daher von Be-
18ginn an parallel zu energiewirtschaftlichen Ausstiegs-
19szenarien mitgedacht werden. Bei der Identifizierung
20und Förderung von möglichen Förderschwerpunkten in
21den Kohlerevieren muss hierbei immer einbezogen wer-
22den, inwiefern diese mit den langfristigen Klimaschutz-
23zielen Deutschlands vereinbar sind. So sollten gezielt
24nachhaltige Zukunftsmärkte, wie beispielsweise erneu-
25erbare Energien oder Elektromobilität, gefördert wer-
26den. Mit dem Ausbau vor allem der Wind- und Solar-
27energie Arbeitsplätze können ersetzt werden – die Flä-
28chenpotenziale für den dafür erforderlichen Ausbau rei-
29chen in den betroffenen Bundesländern aus. Zudem wer-
30den die Energiekonzerne nach einem Kohleausstieg ein-
31nen großen Anteil der in den Tagebauen beschäftig-
32ten Arbeitnehmer*innen für die notwendigen Folgetä-
33tigkeiten noch jahrelang benötigen.

34 Für das Gelingen des Strukturwandels ist es dem-
35entsprechend wichtig, wie dieser Ausbau angegangen
36wird. Denn: Je höher die regionale Wertschöpfung, des-
37to mehr Arbeitsplätze in den Braunkohlerevieren. Der
38Fokus in der Energiepolitik muss daher verstärkt auf
39Energiegenoss*innenschaften gesetzt werden. Mithil-
40fe dieser demokratisch organisierten, ökologischen und
41bürger*inneneigenen Energiegesellschaften kann die
42sichere und preisgünstige Versorgung klimafreundli-
43cher Energie in der Zukunft sichergestellt werden. Auch
44sie und bereits bestehende, zahlreiche Initiativen von
45regionalen Unternehmen, welche sinnvolle Anschluss-
46tätigkeiten anbieten, beispielsweise in den Bereichen
47der Erneuerbaren Energien, im Bereich von Ingenieurs-
48und Bohrdienstleistungen sowie im Garten- und Land-
49schaftsbau.

50 Die unmittelbaren Kosten des Kohleausstiegs dürfen
51dabei nicht auf dem Rücken der Verbraucher*innen ab-
52geladen werden. Schon jetzt ist aber klar: Wenn die
53Kohlekraftwerke wegfallen, steigt der Börsenpreis des
54Stroms nur leicht, im Mittel um 0,1 bis 0,3 Cent pro
55Kilowattstunde. Bei den Endverbraucher*innen kommt
56das kaum an, denn ein höherer Börsenstrompreis lässt
57die EEG-Umlage sinken – die Stromrechnung verändert
58sich durch den Kohleausstieg nur unwesentlich, das
59Gewinnkonto der Energieunternehmen, die mit dem

- 1 schmutzigen Kohlestrom im Ausland Geld verdienen,
2 allerdings schon. Dennoch müssen Maßnahmen im Fal-
3 le von Strompreiserhöhungen, die auf den forcierten
4 Kohleausstieg zurückzuführen sind, eingeleitet werden,
5 um diese für private Stromkunden zu kompensieren.
6 Deutschland ist einer der größten Stromexporteure Eu-
7 ropas. Versorgungsprobleme stehen in weiter Ferne und
8 ein flexibles Backup für schwankende Erneuerbare En-
9 ergien findet sich wohl eher in flexiblen Gaskraftwer-
10 ken. Eine schrittweise Schließung der Kohlekraftwerke
11 führt nicht zu Versorgungsengpässen oder einem stei-
12 genden Strompreis, sondern zu der Einhaltung unserer
13 Klimaziele.
- 14 Wir wollen den bundesweiten Kohleausstieg sozial ge-
15 recht und nachhaltig angehen. Wir fordern daher:
- 16 • einen verbindlichen Kohleausstieg bis 2030. Dieser
17 umfasst einen schnellen Beginn des Ausstiegs mit
18 der kurzfristigen Stilllegung besonders emissions-
19 intensiver Kraftwerke bis 2020, zur Sicherstellung
20 der Versorgungssicherheit und Abfederung der
21 sozialen Herausforderungen ein vorübergehender
22 Weiterbetrieb der moderneren Kohlekraftwerke bis
23 2030 mit begrenzter Auslastung, sowie ein sukzes-
24 sives Abschalten der letzten Kohlekraftwerke im
25 Verlauf der 2030er Jahre unter Einhaltung des vor-
26 her festgelegten CO₂-Emissionsbudgets,
 - 27 • ein Festschreiben des verbleibenden CO₂-
28 Emissionsbudgets in einem Kohleausstiegsgesetz,
 - 29 • eine arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch
30 Begleitung des Ausstiegs aus der Braunkohlever-
31 stromung wobei insbesondere Interessenvertre-
32 ter*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region
33 wirksam einzubinden sind. Finanziell ist dieser Pro-
34 zess durch einen Strukturwandelfonds des Bundes
35 in Höhe von jährlich mindestens 500 Millionen Eu-
36 ro abzusichern. Er wird für die infolge des Kohleaus-
37 stiegs vom Strukturwandel betroffenen Beschäftig-
38 ten und Regionen bereitgestellt,
 - 39 • die Verhinderung betriebsbedingte Kündigungen
40 infolge des Kohleausstiegs in den Unternehmens-
41 sparten. Dafür sind angesichts der Altersstruktur
42 der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vor-
43 rangig Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhe-
44 stand zu nutzen. Mit dem Kohleausstieg verbunde-
45 ne Lücken bei Einkommen oder Altersbezügen für
46 die Beschäftigten sind angemessen zu schließen,
 - 47 • keine Stilllegungsprämien für Kraftwerksblöcke,
 - 48 • die Finanzierung der Folgekosten der Braunkohle-
49 förderung soll durch die Bildung eines ausreichend
50 ausgestatteten staatlichen Nachsorgefonds gesi-
51 chert werden, in den die bisherigen Nachsorge-
52 Rückstellungen der Tagebaubetreiber sowie eine
53 Förderabgabe auf die Braunkohleförderung einge-
54 hen,
 - 55 • Einleitung von Maßnahmen im Falle von Strom-
56 preiserhöhungen, die auf den forcierten Kohleaus-
57 stieg zurückzuführen sind, um diese für private
58 Stromkunden zu kompensieren,
 - 59 • den Einsatz auf europäischer Ebene dahingehend,

1 dass über eine Änderung der EU- Emissionshan-
 2 delsrichtlinie jene Menge an CO2-Emissionsrechten
 3 (EUA) endgültig stillgelegt wird, welche in Folge des
 4 deutschen Kohleausstiegs frei wird,
 5 • den Ausbau der Förderung von Energiege-
 6 noss*innenschaften.

7 **A18/I/2018**
 8 **Jusos Mitte**
 9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10
 11 **“Mein Körper geht nur mich etwas an!": Stop Fatsha-**
 12 **ming!**

13 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten be-
 14 schäftigen wir uns mit verschiedenen Formen der Dis-
 15 kriminierung. In unserer Gesellschaft ist seit jeher zu
 16 Beobachten, dass die Akzeptanz verschiedener Körper-
 17 formen sowie deren Freiheit, selbst darüber verfügen
 18 und entscheiden zu können, umstritten ist. Alles was
 19 nicht der Norm entspricht, wird angeschaut und verur-
 20 teilt. Die Gesellschaft verkörpert ein Körperideal, wel-
 21 ches es einzuhalten gilt und propagiert, dass ein ge-
 22 sunder Körper ein schlanker Körper ist. Doch kann ein
 23 Mensch in dieser Abhängigkeit selbstbestimmt leben?
 24 Und ist diese Gesellschaftsform ein Abbild unserer viel-
 25 fältigen Gesellschaft? Nein! Für uns Sozialdemokratin-
 26 nen und Sozialdemokraten beginnt Selbstbestimmung
 27 bei jeder*jedem Einzelnen, die*der aus eigener Über-
 28 zeugung heraus freie Entscheidungen trifft. Besonders
 29 Frauen* und queere* Menschen müssen sich immer
 30 wieder Räume für ihren eigenen Körper erstreiten.

31 Oft sind sie Stigmatisierungen und Ausgrenzung aus-
 32 gesetzt. Dabei steht jedem Menschen das Recht auf ein
 33 Leben unabhängig gruppenbezogener Menschenfeind-
 34 lichkeit zu.

35 Jedoch wissen wir, dass dieser Weg noch erkämpft und
 36 verteidigt werden muss. Aus diesem Grund wollen wir
 37 uns als SPD Mitte eingehend mit Gewichtsdiskriminie-
 38 rung auseinandersetzen, es in die SPD sowie in die Ge-
 39 sellschaft tragen und die Gesellschaft dahingehend ver-
 40 ändern, dass Diskriminierung aufgrund des Gewichts
 41 bekämpft und die Diversität der Körperformen akzep-
 42 tiert wird.

43 **Analyse der derzeitigen Situation**

44 Gegenwärtig befinden wir uns in unruhigen Zeiten, in
 45 dem der Wegfall bestehender Bezugspunkte, Identi-
 46 tätsprobleme auf den Körper übertragen. Daneben ist
 47 unsere schnelllebige und moderne Gesellschaft stark
 48 von visuellen Medien geprägt. Durch diese Prägung ge-
 49 winnt der Körperkult zunehmend an Bedeutung und
 50 wird als Symbol der Klassenidentität wahrgenommen,
 51 wodurch Menschen und insbesondere Geschlechter ih-
 52 rer Körperform nach in gesellschaftliche Schichten ka-
 53 tegorisiert werden: Dünnen und schlanken Körpern
 54 werden Adjektive wie gesund, fit, fleißig und zielstre-
 55 big zugesprochen. Dicken und hochgewichtigen Kör-
 56 pern hingegen werden Eigenschaften wie unsportlich,

wird nachgereicht (Gespräch mit Antragsteller)

1 krank, unmotiviert und faul verknüpft. Im Rahmen
2 des 10-jährigen Jubiläums des Allgemeinen Gleichstel-
3 lungsgesetzes (AGG) ergab eine repräsentative Umfra-
4 ge, dass zwei Drittel der befragten Personen Diskrimi-
5 nierungserfahrungen aufgrund ihres Gewichts und ih-
6 res äußerlichen Erscheinungsbildes in den entschei-
7 den Lebensbereichen wie dem Arbeitsmarkt, Bildung,
8 Mobilität, Freizeit, Privatleben, Gesundheit und Pflege
9 machten. Vor allem im Bereich Gesundheit und Pfl-
10 e kritisierten die befragten Personen die mangelhafte
11 Ausstattung der Krankenhäuser im Gesundheitssystem
12 und die herablassende Äußerungen durch das Kranken-
13 hauspersonal.

14 Laut einer Umfrage der DAK finden 75 Prozent der Män-
15 ner* und 67 Prozent der Frauen* hochgewichtige Men-
16 schen unästhetisch.

17 Bereits Kinder und Jugendliche werden insofern sozia-
18 lisiert, dass sie andere dicke und hochgewichtige Kin-
19 der und Jugendliche ausgrenzen. Diskriminierung auf-
20 grund eines hohen Körpergewichts passiert somit täg-
21 lich, überall und betrifft immer mehr Menschen. Die ne-
22 gativen sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen
23 von Gewichtsdiskriminierung führen zu gesellschaftlicher
24 und sozialer Ausgrenzung. Zudem führen Stress
25 und Ausgrenzung zu Körperbildstörungen, Essstörun-
26 gen und Depressionen. Besonders Frauen* und queere*
27 Menschen sind von dieser Art der Diskriminierung be-
28 troffen, die neben intersektioneller Diskriminierung wie
29 Herkunft, sexuelle Orientierung oder des Alters, weit
30 verbreitet ist.

31 Studien besagen, dass Frauen* ihrem Körper eine weit-
32 aus höhere Bedeutung für das eigene Selbstbild zu-
33 schreiben als Männer*. Auslöser dieser verzerrten Wahr-
34 nehmung ist, dass Frauen* stärker von gesellschaftlichen
35 Zwängen betroffen sind. Die sexistische Mode-
36 und Schönheitsindustrie bekräftigt diese Zwänge, die
37 das Bild der perfekten und makellosen Figur mit
38 entsprechender Kleidergröße sowie den permanenten
39 Druck des Diäthaltens als Lebensmittelpunkt der Frau*
40 propagieren.

41 **Gewichtsdiskriminierung als bildungspolitische Aufga-**
42 **be verstehen**

43 Schon in der frühkindlichen Erziehung ist Gewichtsdis-
44 kriminierung offensichtlich zu erkennen. Internationale
45 Studien zeigen, dass Gewichtsdiskriminierung die mit
46 Abstand häufigste Form von Diskriminierung an Schu-
47 len ist und bereits in der ersten Klasse nachgewiesen
48 werden kann. Diese Kinder und Jugendliche, die unter
49 Gewichtsdiskriminierung im Kindergarten und in der
50 Schule leiden, weisen doppelt so häufig Suizidversuche
51 und depressive Zustände auf wie Kinder und Jugendli-
52 che, die nicht unter Gewichtsdiskriminierung leiden.

53 **Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Bildung, Ju-**
54 **gend und Familie auf, Gewichtsdiskriminierung, Schön-**
55 **heitsideale und Körperdiversität in die Rahmenlehrplä-**
56 **ne des Landes Berlin für die Fächer Geschichte, Sach-**
57 **kunde, Sozialkunde, Biologie, Ethik und Philosophie**
58 **aufzunehmen.**

59 **Zudem fordern wir die zuständige Senatsverwaltung**

1 **auf, die Lehrkräfte mit pädagogischen Aus-, Fort- und**
 2 **Weiterbildungen für Gewichtsdiskriminierung zu sensi-**
 3 **bilisieren.**

4 Außerdem werden in der Literatur dicke und hochge-
 5 wichtige Menschen als defizitär dargestellt oder gar
 6 nicht berücksichtigt. Bereits in Kinderbüchern lassen
 7 sich stereotypische Darstellungen finden, die Gewichtsdiskriminierung spürbar verstärken.

9 **Daher fordern wir das Land Berlin auf, zusätzliche fi-**
 10 **nanzielle Mittel für die Bibliotheken zur Verfügung zu**
 11 **stellen, um gezielte Titel sowie Bücher in den Bestand**
 12 **aufzunehmen, die ein positives Körperbild fördern. Da-**
 13 **bei soll das Land Berlin vor allem den Schwerpunkt im**
 14 **Bereich der Kinder- und Jugendbücher setzen und ent-**
 15 **sprechende Verlage mit Landeszuschüssen unterstüt-**
 16 **zen.** Ziel ist es, dass verstärkt Bücher in den Bestand der
 17 Bibliotheken aufgenommen werden, die die Diversität
 18 verschiedener Körperformen aufzeigen und mit Vorur-
 19 teilen, die gegenüber einem hohen Körpergewicht be-
 20 stehen, aufräumen.

21 **Anonymisierte Bewerbungsverfahren für die Stellenbe-**
 22 **setzung im öffentlichen Dienst bis 2020**

23 Ein Foto im Lebenslauf ruft bekanntlich Vorurteile her-
 24 vor. Vor Allem bei dicken und hochgewichtigen Men-
 25 schen senkt ein Foto die Chance, zu einem Bewer-
 26 bungsgespräch eingeladen zu werden, erheblich. Das
 27 zeigt eine Studie der Universität Tübingen, in der
 28 dicke Frauen* besonders bei Personalentscheidungen
 29 schlecht abschnitten: 98 Prozent der befragten Perso-
 30 nalleiter*innen trauten dicken Frauen* keine prestige-
 31 trächtigen Berufe in Führungspositionen wie Ärztin*
 32 oder Architektin* zu. Anonymisierte Bewerbungsver-
 33 fahren können dafür sorgen, dass dicke und hochge-
 34 wichtige Menschen in der Vorauswahl für ein Bewer-
 35 bungsgespräch nicht aufgrund ihres äußeren Erschei-
 36 nungsbildes aussortiert werden. Bereits von März 2014
 37 bis März 2015 wurde im Rahmen des Berliner Pilotpro-
 38 jekts Vielfalt fördern das Verfahren der anonymisierten
 39 Bewerbung getestet. **Wir fordern die Senatskanzlei und**
 40 **die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und So-**
 41 **ziales auf, das im Pilotprojekt getestete Verfahren der**
 42 **anonymisierten Bewerbung in der öffentlichen Verwal-**
 43 **tung und den Landesbetrieben flächendeckend bis 2020**
 44 **einzuführen.**

45 **Verbeamtung für Menschen mit hohem Körpergewicht**
 46 **erleichtern**

47 Gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzbuches (GG)
 48 muss eine Person nach Ermittlung ihrer*seiner Eignung,
 49 Befähigung und fachlichen Leistung gleichberechtig-
 50 ten Zugang zur Verbeamtung haben. Die besagte Eig-
 51 nung einer Person für den öffentlichen Dienst wird u.
 52 a. in Form einer amtsärztlichen Untersuchung ermit-
 53 telt. Da das Körpergewicht im medizinischen Kontext
 54 oft voreilige und denunzierende Schlüsse auf den Ge-
 55 sundheitszustand und die Leistungsfähigkeit einer Per-
 56 son zieht, erhalten dicke und hochgewichtige Verbeam-
 57 tungskandidat*innen nach dieser Untersuchung häufig
 58 einen negativen Bescheid. Seit einem richtungsweisen-
 59 den Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts aus

1 dem Jahr 2013 hat dieser diskriminierende und negative
2 Bescheid der amtsärztlichen Untersuchung keinen Be-
3 stand mehr. Leider findet diese Rechtsprechung weder
4 im Berliner Kammergesetz noch in der Weiterbildungs-
5 ordnung der Berliner Ärztekammer Geltung.

6 **Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Gesund-**
7 **heit, Pflege und Gleichstellung und die Berliner Ärzte-**
8 **kammer auf, die Weiterbildungsordnung um das Merk-**
9 **mal der Gewichtsdiskriminierung auszuweiten. Durch**
10 **intern organisierte Fort- und Weiterbildungen sollen**
11 **Amtsärzt*innen über die Diversität der Körperformen**
12 **aufgeklärt und sensibilisiert werden.**

13 **Gleichzeitig fordern wir die Senatsverwaltung für Ge-**
14 **sundheit, Pflege und Gleichstellung und die Senatsver-**
15 **waltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskri-**
16 **minierung dazu auf, im Bereich der gesundheitlichen**
17 **Versorgung die Ärzt*innenschaft sowie das Gesund-**
18 **heitspersonal für Diskriminierung des Körpergewichts**
19 **gesetzlich zu sensibilisieren und diese Vorgabe in die**
20 **Berufsordnung zu übernehmen. Des Weiteren fordern**
21 **wir, dass entsprechende medizinische Geräte in Kran-**
22 **kenhäusern und Arztpraxen angeschafft werden, da-**
23 **mit die notwendigen Untersuchungen von dicken und**
24 **hochgewichtigen Menschen gewährleistet wird.**

25 **Health-at-Every-Size-(HAES)-Ansätze fördern**

26 Medizinische Maßnahmen für „gesunde Ernährung“ er-
27 folgen in der Regel um „Übergewicht“ und Adipositas
28 präventiv zu bekämpfen. Denn oft wird gesunde Er-
29 nährung mit einem gesunden und schlanken Körper-
30 gewicht gleichgesetzt. Gesunde Ernährung führe auto-
31 matisch zu einem gesunden Körpergewicht, wodurch
32 „gesund“ in unserer Gesellschaft meist mit „dünn“
33 oder „schlank“ gleichgesetzt wird. Bereits dicke Kinder
34 und Jugendliche erfahren eine starke Ablehnung durch
35 Gleichaltrige. Sie sehen sich mit dem Vorurteil konfron-
36 tiert, ihr Dicksein sei ein Defizit sowie ein Zeichen man-
37 gelnder Ernährungsbildung und Willenskraft. Der Stig-
38 matisierung des dicken und hochgewichtigen Körpers
39 durch die ausschließliche Gleichsetzung von „dünn“
40 mit „gesund“ muss hier entschlossen entgegengewirkt
41 werden.

42 **Darum fordern wir die Senatsverwaltung für Gesund-**
43 **heit, Pflege und Gleichstellung auf kurzfristig Mitglie-**
44 **der für die Landesgesundheitskonferenz zu berufen, die**
45 **einen Health-At-Every-Size-(HAES)-Ansatz vertreten.**

46 **Langfristig fordern wir die zuständige Senatsverwal-**
47 **tung auf ein Aktionsprogramm und Aufklärungsbro-**
48 **schüren zu entwickeln, die eine körperpositive Entwick-**
49 **lung fördert, Gewichtsvielfalt als Teil der menschlichen**
50 **Diversität begreift und Gewichtsdiskriminierung ent-**
51 **scheidend bekämpft.**

52 **Body Mass Index (BMI) als Gesundheitsindikator ab-**
53 **schaffen**

54 Der Body Mass Index (BMI) berechnet das vermeint-
55 liche Über-, Unter- und Normalgewicht eines Men-
56 schen. Seine Aussagekraft als Gesundheitsindikator ist
57 in der Fachwelt stark umstritten, denn der BMI lässt we-
58 der Schlüsse über die Körperfettverteilung noch über
59 den Anteil der Muskelmasse der betreffenden Person

1 zu. Aktuell wird er beispielsweise im Rahmen der Ein-
 2 schulungsuntersuchungen bei Kindern des Landes Ber-
 3 lin eingesetzt. Aufgrund seines zweifelhaften Nutzens
 4 fordern wir, dass der Body Mass Index keine weite-
 5 re Verwendung als Gesundheitsindikator finden darf
 6 und somit als Gesundheitsindikator abgeschafft wer-
 7 den muss.

8 **Mobilität dicker und hochgewichtiger Menschen im Öff-**
 9 **entlichen Nahverkehr verbessern**

10 Derzeit stellen enge Gänge, Armlehnen, die nicht hoch-
 11 geklappt werden können, Ritzen oder Giebel, wie
 12 sie sich beispielsweise zwischen Kunststoffschalensit-
 13 zen ergeben, ein schmerzhaftes Hindernis für dicke
 14 und hochgewichtige Personen dar. Dabei würden brei-
 15 te Gänge und geeignete Sitzmöglichkeiten dicken und
 16 hochgewichtigen Menschen die uneingeschränkte Nut-
 17 zung des öffentlichen Personennahverkehrs ermögli-
 18 chen. Auch wenn sich § 8 Abs. 3 des Personenbeför-
 19 derungsgesetzes (PBefG) für die „Belange der in ihrer
 20 Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen“
 21 ausspricht und sich das „Ziel [gesetzt hat,] bis zum 1.
 22 Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu errei-
 23 chen.“, werden die Bedürfnisse dicker und hochgewich-
 24 tiger Menschen bei der Gang- und Sitzplatzgestaltung
 25 der öffentlichen Verkehrsmittel mit diesem Begriff der
 26 Barrierefreiheit bisher nicht beachtet. Wir fordern da-
 27 her die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Kli-
 28 maschutz auf, die hochgewichtige Personengruppe so-
 29 wie ihre Bedürfnisse detailliert im Nahverkehrsplan des
 30 Landes Berlin zu nennen.

31 **Erweiterung der Vorschriften zur Barrierefreiheit der**
 32 **Landesbauordnung**

33 Bei der Planung von öffentlichen Gebäuden und Ge-
 34 werbebauten werden die Bedürfnisse von dicken und
 35 hochgewichtigen Menschen häufig nicht bedacht. So
 36 werden beispielsweise zu enge Durchgänge und unzu-
 37 reichend belastbares oder einengendes Mobiliar vor-
 38 gesehen. **Wir verlangen, dass die Senatsverwaltung**
 39 **für Stadtentwicklung und Wohnen durch eine entspre-**
 40 **chende Erweiterung der Landesbauordnung und der**
 41 **zugehörigen Informationsmaterialien, die Barrierefrei-**
 42 **heit für dicke und hochgewichtige Menschen gewähr-**
 43 **leistet. Darüber hinaus fordern wir die zuständige Se-**
 44 **natsverwaltung auf, einen entsprechenden Antrag zur**
 45 **Aktualisierung der DIN-Norm 18 040 für barrierefreies**
 46 **Bauen einzubringen.**

47 Wir gehen davon aus, dass die Senatsverwaltung für
 48 Stadtentwicklung und Wohnen diese Maßnahmen bis
 49 zum Jahr 2020 umsetzt.

50 **Gewichtsdiskriminierende Werbung auf den bezirksei-**
 51 **genen Werbeflächen verbieten**

52 Mehreren Berliner Bezirken liegen Beschlüsse vor, die
 53 „diskriminierende, frauen*feindliche und sexistische
 54 Außenwerbung“ auf den bezirkseigenen Werbeflächen
 55 untersagen. Der Begriff „diskriminierend“ schließt in
 56 diesem Fall eine Diskriminierung anhand von Gewicht
 57 nicht ein. Da in unserer Gesellschaft und Medienland-
 58 schaft das Schönheitsideal im weiblichen* Geschlecht
 59 verankert ist, werden vor allem Frauen*, die diesem

1 Schönheitsideal nicht entsprechen, benachteiligt und
 2 sind in hohem Maße von zugespitzter und sexistischer
 3 Werbung betroffen.

4 **Aus diesem Grund fordern wir die Senatsverwaltung für**
 5 **Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung auf,**
 6 **gewichtsdiskriminierende und sexistische Außenwer-**
 7 **bung flächendeckend im Land Berlin zu untersagen.**
 8 **Gewichtsvielfalt als Teil von Diversität verstehen und**
 9 **kommunizieren**

10 Obwohl Gewichtsdiskriminierung eine viel verbreite-
 11 te Form der Diskriminierung ist, wird in den aktuellen
 12 Diversity-Ansätzen des Berliner Senats, wie dem Netz-
 13 werk Vielfalt und Chancengleichheit und dem Berli-
 14 ner Diversometer, der Begriff „Gewicht“ nicht berück-
 15 sichtigt. Wir fordern das Land Berlin auf, die entspre-
 16 chende Erweiterung der Gewichtsvielfalt in ihr Ver-
 17 ständnis von Diversität aufzunehmen und die Landes-
 18 stelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
 19 (LADS) zur Botschafterin dieses erweiterten Verständ-
 20 nisses von Diversität zu ernennen. Durch Fachveran-
 21 staltungen, Aufklärungsseminaren und die Bereitsstel-
 22 lung entsprechender Informationsmaterialien kann die
 23 Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskrimi-
 24 nierung (LADS) das erweiterte Verständnis von Diver-
 25 sität nachhaltig in die Gesellschaft tragen. Zudem ist
 26 das Land Berlin Mitglied der “Charta der Vielfalt”. Die
 27 “Charta der Vielfalt” und ihre Mitglieder – zu der u.a.
 28 verschiedene Unternehmen und Institution angehören
 29 – verpflichten sich dazu, die Anerkennung, Wertschät-
 30 zung und Einbeziehung von Diversität in der Arbeits-
 31 welt voranzubringen. Durch ihre Mitgliedschaft kann
 32 das Land Berlin die inhaltliche Ausrichtung in Mit-
 33 gliederversammlungen mitgestalten und eine entspre-
 34 chende Erweiterung der Charta in Bezug auf Körperviel-
 35 falt als Teil von Diversität anregen.

36 **Erweiterung des Landesantidiskriminierungsgesetzes**
 37 **(LADG) um das Merkmal Gewicht**

38 Darüber hinaus muss der Zuständigkeitsbereich der
 39 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) um Diskrimi-
 40 nierungen dicker und hochgewichtiger Menschen er-
 41 weitert werden.

42 Die Arbeit der Landesstelle für Gleichbehandlung – ge-
 43 gen Diskriminierung ist auf die in §1 des Allgemeinen
 44 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie auf die in Art. 10
 45 Abs. 2 und Art. 11 der Berliner Verfassung genannten Dis-
 46 kriminierungsmerkmale ausgerichtet und ist in den fol-
 47 genden Berliner Landesgesetzen festgeschrieben:

- 48 • Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG)
- 49 • Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG)
- 50 • Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz
- 51 (PartIntG)
- 52 • Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz (BerSenG)
- 53 • Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen un-
- 54 terschiedlicher sexueller Identität (SexGlBerG).

55 **Da bisher Gewichtsdiskriminierung weder in den oben**
 56 **genannten Berliner Landesgesetzen berücksichtigt**
 57 **wird noch unter keine der im Landesantidiskriminie-**
 58 **rungsgesetz (LADG) genannten Merkmale vollständig**
 59 **eingliedern lässt, fordern wir hiermit die Aufnahme**

1 **und Ausweitung der Berliner Landesgesetze auf das**
2 **Merkmal Gewicht.**
3 **Die Lücke im Diskriminierungsschutz des Landes Berlin**
4 **muss endlich geschlossen werden, sodass Klagen auf-**
5 **grund von Diskriminierung des Körpergewichts rechts-**
6 **wirksam sind.**
7
8

9 **Ä1 zum A18/I/2018**
10 **Jusos Mitte**
11 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
13
14
15 **Seite , Zeile komplett, Ändern**
16 **“Mein Körper geht nur mich etwas an!”: Stop Fatsha-**
17 **ming!**
18 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten be-
19 schäftigen wir uns mit verschiedenen Formen der Dis-
20 kriminierung. In unserer Gesellschaft ist seit jeher zu
21 Beobachten, dass die Akzeptanz verschiedener Körper-
22 formen sowie deren Freiheit, selbst darüber verfügen
23 und entscheiden zu können, umstritten ist. Alles was
24 nicht der Norm entspricht, wird angeschaut und verur-
25 teilt. Die Gesellschaft verkörpert ein Körperideal, wel-
26 ches es einzuhalten gilt und propagiert, dass ein ge-
27 sunder Körper ein schlanker Körper ist. Doch kann ein
28 Mensch in dieser Abhängigkeit selbstbestimmt leben?
29 Und ist diese Gesellschaftsform ein Abbild unserer viel-
30 fältigen Gesellschaft? Nein! Für uns Sozialdemokratin-
31 nen und Sozialdemokraten beginnt Selbstbestimmung
32 bei jeder*jedem Einzelnen, die*der aus eigener Über-
33 zeugung heraus freie Entscheidungen trifft. Besonders
34 Frauen* und queere* Menschen müssen sich immer
35 wieder Räume für ihren eigenen Körper erstreiten.
36 Oft sind sie Stigmatisierungen und Ausgrenzung aus-
37 gesetzt. Dabei steht jedem Menschen das Recht auf ein
38 Leben unabhängig gruppenbezogener Menschenfeind-
39 lichkeit zu.
40 Jedoch wissen wir, dass dieser Weg noch erkämpft und
41 verteidigt werden muss. Aus diesem Grund wollen wir
42 uns als SPD eingehend mit Gewichtsdiskriminierung
43 auseinandersetzen, es in die SPD sowie in die Gesell-
44 schaft tragen und die Gesellschaft dahingehend verän-
45 dern, dass Diskriminierung aufgrund des Gewichts be-
46 kämpft und die Diversität der Körperformen akzeptiert
47 wird.
48 **Analyse der derzeitigen Situation**
49 Gegenwärtig befinden wir uns in unruhigen Zeiten, in
50 dem der Wegfall bestehender Bezugspunkte, Identi-
51 tätsprobleme auf den Körper übertragen. Daneben ist
52 unsere schnelllebige und moderne Gesellschaft stark
53 von visuellen Medien geprägt. Durch diese Prägung ge-
54 winnt der Körperkult zunehmend an Bedeutung und
55 wird als Symbol der Klassenidentität wahrgenommen,
56 wodurch Menschen und insbesondere Geschlechter ih-

1 rer Körperform nach in gesellschaftliche Schichten ka-
2 tegorisiert werden: Dünnen und schlanken Körpern
3 werden Adjektive wie gesund, fit, fleißig und zielstre-
4 big zugesprochen. Dicken und hochgewichtigen Kör-
5 pern hingegen werden Eigenschaften wie unsportlich,
6 krank, unmotiviert und faul verknüpft. Im Rahmen des
7 zehnjährigen Jubiläums des Allgemeinen Gleichstel-
8 lungsgesetzes (AGG) ergab eine repräsentative Umfra-
9 ge, dass zwei Drittel der befragten Personen Diskrimi-
10 nierungserfahrungen aufgrund ihres Gewichts und ih-
11 res äußerlichen Erscheinungsbildes in den entschei-
12 den Lebensbereichen wie dem Arbeitsmarkt, Bildung,
13 Mobilität, Freizeit, Privatleben, Gesundheit und Pflege
14 machten. Vor allem im Bereich Gesundheit und Pfl-
15 ge kritisierten die befragten Personen die mangelhafte
16 Ausstattung der Krankenhäuser im Gesundheitssystem
17 und die herablassende Äußerungen durch das Kranken-
18 hauspersonal.

19 Bereits Kinder und Jugendliche werden insofern sozia-
20 lisiert, dass sie andere dicke und hochgewichtige Kin-
21 der und Jugendliche ausgrenzen. Diskriminierung auf-
22 grund eines hohen Körpergewichts passiert somit täg-
23 lich, überall und betrifft immer mehr Menschen. Die ne-
24 gativen sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen
25 von Gewichtsdiskriminierung führen zu gesellschaftli-
26 cher und sozialer Ausgrenzung. Zudem führen Stress
27 und Ausgrenzung zu Körperbildstörungen, Essstörun-
28 gen und Depressionen. Besonders Frauen* und queere*
29 Menschen sind von dieser Art der Diskriminierung be-
30 troffen, die neben intersektioneller Diskriminierung wie
31 der Herkunft, des sozialen Standes, der Hautfarbe, des
32 Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religions-
33 zugehörigkeit, der körperlichen Verfassung oder des Al-
34 ters, weit verbreitet ist.

35 Studien besagen, dass Frauen* ihrem Körper eine weit-
36 aus höhere Bedeutung für das eigene Selbstbild zu-
37 schreiben als Männer*. Auslöser dieser verzerrten Wahr-
38 nehmung ist, dass Frauen* stärker von gesellschaftli-
39 chen Zwängen betroffen sind. Die sexistische Mode-
40 und Schönheitsindustrie bekräftigt diese Zwänge, die
41 das Bild der perfekten und makellosen Figur mit
42 entsprechender Kleidergröße sowie den permanenten
43 Druck des Diäthaltens als Lebensmittelpunkt der Frau*
44 propagieren.

45 **Gewichtsdiskriminierende Werbung auf den bezirksei- 46 genen Werbeflächen verbieten**

47 Mehreren Berliner Bezirken liegen Beschlüsse vor, die
48 „diskriminierende, frauen*feindliche und sexistische
49 Außenwerbung“ auf den bezirkseigenen Werbeflächen
50 untersagen. Der Begriff „diskriminierend“ schließt in
51 diesem Fall eine Diskriminierung anhand von Gewicht
52 nicht ein. Da in unserer Gesellschaft und Medienland-
53 schaft das Schönheitsideal im weiblichen* Geschlecht
54 verankert ist, werden vor allem Frauen*, die diesem
55 Schönheitsideal nicht entsprechen, benachteiligt und
56 sind in hohem Maße von zugespitzter und sexistischer
57 Werbung betroffen.

58 **Aus diesem Grund fordern wir die Senatsverwaltung für
59 Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung auf,**

1 **gewichtsdiskriminierende und sexistische Außenwer-**
2 **bung flächendeckend im Land Berlin zu untersagen.**
3 **Anonymisierte Bewerbungsverfahren für die Stellenbe-**
4 **setzung im öffentlichen Dienst bis 2020**
5 Ein Foto im Lebenslauf ruft bekanntlich Vorurteile her-
6 vor. Vor allem bei dicken und hochgewichtigen Men-
7 schen senkt ein Foto die Chance, zu einem Bewer-
8 bungsgespräch eingeladen zu werden, erheblich. Das
9 zeigt eine Studie der Universität Tübingen, in der
10 dicke Frauen* besonders bei Personalentscheidungen
11 schlecht abschnitten: 98 Prozent der befragten Perso-
12 nalleiter*innen trauten dicken Frauen* keine prestige-
13 trächtigen Berufe in Führungspositionen wie Ärztin*
14 oder Architektin* zu. Anonymisierte Bewerbungsver-
15 fahren können dafür sorgen, dass dicke und hochge-
16 wichtige Menschen in der Vorauswahl für ein Bewer-
17 bungsgespräch nicht aufgrund ihres äußeren Erschei-
18 nungsbildes aussortiert werden. Bereits von März 2014
19 bis März 2015 wurde im Rahmen des Berliner Pilotpro-
20 jekts Vielfalt fördern das Verfahren der anonymisierten
21 Bewerbung getestet.

22 **Wir fordern die Senatskanzlei und die Senatsverwal-**
23 **tung für Integration, Arbeit und Soziales auf, das im Pi-**
24 **lotprojekt getestete Verfahren der anonymisierten Be-**
25 **werbung in der öffentlichen Verwaltung und den Lan-**
26 **desbetrieben flächendeckend bis 2020 einzuführen.**
27 **Verbeamtung für Menschen mit hohem Körpergewicht**
28 **erleichtern**
29 Gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzbuches (GG)
30 muss eine Person nach Ermittlung ihrer*seiner Eignung,
31 Befähigung und fachlichen Leistung gleichberechtig-
32 ten Zugang zur Verbeamtung haben. Die besagte Eig-
33 nung einer Person für den öffentlichen Dienst wird
34 u. a. in Form/ mit Hilfe einer amtsärztlichen Unters-
35 suchung ermittelt. Da das Körpergewicht im medizini-
36 schen Kontext oft voreilige und denunzierende Schlüs-
37 se auf den Gesundheitszustand und die Leistungsfähig-
38 keit einer Person zieht, erhalten dicke und hochgewich-
39 tige Verbeamtungskandidat*innen nach dieser Unter-
40 suchung häufig einen negativen Bescheid. Seit einem
41 richtungsweisenden Gerichtsurteil des Bundesverwal-
42 tungsgerichts aus dem Jahr 2013 hat dieser diskrimi-
43 nierende und negative Bescheid der amtsärztlichen Un-
44 tersuchung keinen Bestand mehr. Leider findet diese
45 Rechtsprechung weder im Berliner Kammergesetz noch
46 in der Weiterbildungsordnung der Berliner Ärztekam-
47 mer Geltung.

48 **Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Gesund-**
49 **heit, Pflege und Gleichstellung und die Berliner Ärzte-**
50 **kammer auf, die Weiterbildungsordnung um das Merk-**
51 **mal der Gewichtsdiskriminierung auszuweiten. Durch**
52 **intern organisierte Fort- und Weiterbildungen sollen**
53 **Amtsärzt*innen über die Diversität der Körperformen**
54 **aufgeklärt und sensibilisiert werden.**
55 **Gleichzeitig fordern wir die Senatsverwaltung für**
56 **Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und die Se-**
57 **natsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und**
58 **Antidiskriminierung auf, im Bereich der gesundheit-**
59 **lichen Versorgung die Sensibilisierungsmaßnahme**

1 von Ärzt*innenschaft sowie das Gesundheitspersonal
 2 für Diskriminierung des Körpergewichts gesetzlich zu
 3 verpflichten und diese Vorgabe in die Berufsordnung zu
 4 übernehmen. Des Weiteren fordern wir, dass entspre-
 5 chende medizinische Geräte in Krankenhäusern und
 6 Arztpraxen angeschafft werden, damit die notwendi-
 7 gen Untersuchungen von dicken und hochgewichtigen
 8 Menschen gewährleistet werden.
 9 **Erweiterung des Landesantidiskriminierungsgesetzes**
 10 **(LADG) um das Merkmal Gewicht**
 11 Darüber hinaus muss der Zuständigkeitsbereich der
 12 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) um Diskrimi-
 13 nierungen dicker und hochgewichtiger Menschen er-
 14 weitert werden.
 15 Die Arbeit der Landesstelle für Gleichbehandlung – ge-
 16 gen Diskriminierung ist auf die in §1 des Allgemeinen
 17 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie auf die in Art. 10
 18 Abs. 2 und Art. 11 der Berliner Verfassung genannten Dis-
 19 kriminierungsmerkmale ausgerichtet und ist in den fol-
 20 genden Berliner Landesgesetzen festgeschrieben:
 21 – Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG)
 22 – Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG)
 23 – Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz
 24 (PartIntG)
 25 – Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz (BerlSenG)
 26 – Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen un-
 27 terschiedlicher sexueller Identität (SexGlBerG).
 28 Da bisher Gewichtsdiskriminierung weder in den oben
 29 genannten Berliner Landesgesetzen berücksichtigt wird
 30 noch unter keine der im Landesantidiskriminierungsge-
 31 setz (LADG) genannten Merkmale vollständig einglie-
 32 dern lässt, **fordern wir hiermit die Aufnahme und Aus-**
 33 **weitung der Berliner Landesgesetze auf das Merkmal**
 34 **Gewicht.**
 35 **Die Lücke im Diskriminierungsschutz des Landes Berlin**
 36 **muss endlich geschlossen werden, sodass Klagen auf-**
 37 **grund von Diskriminierung des Körpergewichts rechts-**
 38 **wirksam sind.**

39 **A20/I/2018**
 40 **Jusos**
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 43
 44 **Weg mit § 219a – Für medizinische Informationsfreiheit**
 45 **und die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung**
 46 Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor den Koalitionsver-
 47 handlungen zwischen CDU/CSU und SPD einen An-
 48 trag zur Streichung des § 219a StGB eingebracht. Im
 49 Zuge der Neuauflage der Großen Koalition mit der
 50 CDU/CSU wurde dieser Gesetzentwurf von der SPD-
 51 Bundestagsfraktion zurückgezogen.
 52 **Wir akzeptieren nicht, dass die Freiheit medizinischer**
 53 **Informationen und sexueller Selbstbestimmungsrech-**

Annahme (K)

1 **te von Frauen dem Frieden in der Großen Koalition zum**
2 **Opfer fallen.** Für uns Sozialdemokratinnen und Sozial-
3 demokraten ist klar, dass sexuelle Selbstbestimmung
4 aller Menschen ein Grundrecht ist. Sexuelle Selbstbe-
5 stimmung kann nur dann gelebt werden, wenn alle
6 Menschen freien Zugang zu Informationen über medi-
7 zinische Behandlungen haben. Es darf nicht sein, dass
8 der “Lebensschutz” der CDU/CSU dafür sorgt, dass Frau-
9 en in solch sensiblen und psychisch belastenden Situa-
10 tionen wie einer frühen Schwangerschaft die Informa-
11 tionen über ihre Möglichkeiten vorenthalten werden.
12 Nur ein freier Zugang zu medizinischen Informationen
13 ist Teil eines selbstbestimmten Lebens. Für uns Sozial-
14 demokratinnen und Sozialdemokraten ist dies ein nicht
15 verhandelbares Menschenrecht.

16 **Daher fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion unver-**
17 **züglichlich auf, sich für die Streichung des § 219a StGB ein-**
18 **zusetzen und den Antrag auf Abschaffung des Paragra-**
19 **fen im Bundestag erneut einzubringen!**

20 Der § 219a StGB kann und darf nicht weiter bestehen.

21

22 **Begründung**

23 **Rückblick**

24 Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel vom
25 Amtsgericht Gießen, nach § 219a des Strafgesetzbuches
26 (StGB), zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro ver-
27 urteilt. Grund der Verurteilung war, dass sie Frauen auf
28 ihrer Internetseite über Schwangerschaftsabbrüche in-
29 formiert hat.

30 **Gegenwärtige Situation**

31 Der § 219a StGB ist ein Gesetztext aus dem Jahr 1933 und
32 beinhaltet das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwan-
33 gerschaftsabbrüche.

34 Ärztinnen und Ärzte, die Frauen die medizinische
35 Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen “an-
36 biet[en], ankündig[en], anpreis[en] oder Erklärungen
37 solchen Inhalts bekanntgeb[en]”, drohen Anzeigen und
38 eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei
39 Jahren.

40 Dabei sollen medizinische Informationen betroffene
41 Frauen aufklären und ihnen Möglichkeiten aufzeigen,
42 unter denen sie frei und selbstbestimmt entscheiden
43 können.

44 **Ä1 zum A20/I/2018**

45 **Jusos Mitte**

46 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

49

50

51 **Seite , Zeile komplett, Ändern**

52 **Weg mit § 219a – Für medizinische Informationsfreiheit**
53 **und die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung**

54 **Rückblick**

55 Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel vom
56 Amtsgericht Gießen, nach § 219a des Strafgesetzbuches

1 (StGB), zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro ver-
2 urteilt. Grund der Verurteilung war, dass sie Frauen auf
3 ihrer Internetseite über Schwangerschaftsabbrüche in-
4 formiert hat.

5 **Gegenwärtige Situation**

6 Der § 219a StGB ist ein Gesetztext aus dem Jahr 1933 und
7 beinhaltet das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwan-
8 gerschaftsabbrüche.

9 Ärztinnen und Ärzte, die Frauen die medizinische
10 Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen “an-
11 biet[en], ankündig[en], anpreis[en] oder Erklärungen
12 solchen Inhalts bekanntgeb[en]”, drohen Anzeigen und
13 eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei
14 Jahren.

15 Dabei sollen medizinische Informationen betroffene
16 Frauen aufklären und ihnen Möglichkeiten aufzeigen,
17 unter denen sie frei und selbstbestimmt entscheiden
18 können.

19 Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor den Koalitionsver-
20 handlungen zwischen CDU/CSU und SPD einen An-
21 trag zur Streichung des § 219a StGB eingebracht. Im
22 Zuge der Neuauflage der Großen Koalition mit der
23 CDU/CSU wurde dieser Gesetzentwurf von der SPD-
24 Bundestagsfraktion zurückgezogen.

25 **Wir akzeptieren nicht, dass die Freiheit medizinischer**
26 **Informationen und sexueller Selbstbestimmungsrech-**
27 **te von Frauen dem Frieden in der Großen Koalition zum**
28 **Opfer fallen.** Für uns Sozialdemokratinnen und Sozial-
29 demokraten ist klar, dass sexuelle Selbstbestimmung
30 aller Menschen ein Grundrecht ist. Sexuelle Selbstbe-
31 stimmung kann nur dann gelebt werden, wenn alle
32 Menschen freien Zugang zu Informationen über medi-
33 zinische Behandlungen haben. Es darf nicht sein, dass
34 der “Lebensschutz” der CDU/CSU dafür sorgt, dass Frau-
35 en in solch sensiblen und psychisch belastenden Situa-
36 tionen wie einer frühen Schwangerschaft die Informa-
37 tionen über ihre Möglichkeiten vorenthalten werden.
38 Nur ein freier Zugang zu medizinischen Informationen
39 ist Teil eines selbstbestimmten Lebens. Für uns Sozial-
40 demokratinnen und Sozialdemokraten ist dies ein nicht
41 verhandelbares Menschenrecht.

42 **Daher fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion unver-**
43 **züglich auf, sich für die Streichung des § 219a StGB ein-**
44 **zusetzen und den Antrag auf Abschaffung des Paragra-**
45 **fen im Bundestag erneut einzubringen!**

46 Der § 219a StGB kann und darf nicht weiter bestehen.

Initiativanträge

1 **A21/I/2018**

2 **Mitte der KDV auf Vorschlag der Abteilungen 16 & 23**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Bevor die Anna-Lindh-Grundschule kollabiert: Grenzen**
 6 **für die Kapazitätserweiterung setzen, Schulprofil erhal-**
 7 **ten und einen Neubaustandort finden!**

8 Die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion in der BVV Mit-
 9 te, das sozialdemokratische Mitglied des Bezirksamtes
 10 Mitte sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion im Berli-
 11 ner Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen
 12 Mitglieder des Berliner Senates werden aufgefordert,
 13 darauf hinzuwirken, dass das weitere Anwachsen des
 14 Standortes Anna-Lindh-Grundschule abgewendet wird.
 15 Stattdessen sind die notwendigen Schulkapazitäten
 16 mittelfristig durch einen neuen vollständigen Schul-
 17 standort zu ermöglichen. Wir fordern eine zeitnahe und
 18 intensive Prüfung der hierfür in Frage kommenden Flä-
 19 chen. Dabei sind alle in Frage kommenden Optionen zu
 20 prüfen. Dazu gehört der Standort in der Triftsstraße, der
 21 neben dem geplanten MUF (modulare Unterkunft für
 22 Geflüchtete) noch genug Platz für eine Schule bietet.

23 Als kurzfristige Lösung müssen die notwendigen Schul-
 24 container an einem alternativen Standort errichtet wer-
 25 den und bereits ab dem kommenden Schuljahr als neu-
 26 er Schulstandort geführt werden, der mittelfristig in
 27 das neu zu bauende Schulgebäude wechselt. Für diese
 28 Übergangslösung sind auch Kompromisslösungen mit
 29 anderen Nutzungsbedarfen einzugehen, wie zum Bei-
 30 spiel eine übergangsweise geltende Umwidmung von
 31 öffentlichen Sportflächen o.Ä..

32 Ausserdem sind die Hochbegabtenzüge, die das
 33 entscheidende Qualitätsmerkmal der Anna-Lindh-
 34 Grundschule bilden, am Standort zu erhalten, trotz
 35 der Öffnung für Schülerinnen und Schüler aus anderen
 36 Bezirken. Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Berliner
 37 Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen
 38 Mitglieder des Berliner Senates werden ferner auf-
 39 gefordert, die Einführung einer Schule besonderer
 40 Prägung an dem Standort zu unterstützen.

41

42 **Begründung**

43 Die Anna-Lindh-Grundschule ist mit 800 Schüler*innen
 44 die größte Grundschule Berlins und soll ab dem
 45 kommenden Schuljahr 200 weitere Schüler*innen
 46 aufnehmen. Die hierfür zugrunde liegende Infra-
 47 strukturplanung berücksichtigt nicht die qualitativen
 48 Voraussetzungen, die für einen Schulstandort in sozial
 49 schwierigem Umfeld gewährleistet sein müssen und
 50 muss zwingend korrigiert werden.

51 Die Nachfrage nach Schulplätzen im Einzugsbereich 1,
 52 zu dem die Anna-Lindh und die Möwensee Grundschule
 53 gehören, steigt stetig. Laut Schulentwicklungsplan wird
 54 bis 2021/22 an beiden Grundschulen ein Zuwachs von
 55 jeweils 1,5 Zügen erwartet (ca. 450 Kinder mehr). Damit
 56 steigt die Anzahl in diesem Bereich überproportional
 57 stark. Um den Aufwuchs an Schüler*innen kurz- bis mit-

1 telfristig unterzubringen, werden nun sowohl an der
 2 Anna-Lindh-Grundschule als auch an der Möwensee-
 3 Grundschule Containerbauten mit zusätzlichen Unter-
 4 richtsräumen errichtet, die dazu dienen, zusätzliche
 5 Schüler*innen aufzunehmen, sodass die Schulstandor-
 6 te weiter anwachsen. Zu große Grundschulstandorte
 7 bieten auf Dauer nicht die pädagogischen Rahmenbe-
 8 dingungen, für eine erfolgreiche Unterrichtsgestaltung,
 9 schon gar nicht in einem Brennpunktbezirk wie dem
 10 Wedding. Gerade unsere Schulen in schwierigen Lagen
 11 wollen wir jedoch zu den besten Schulen im Bezirk und
 12 in unserer Stadt machen.
 13 Damit motivierte Lehrkräfte und auch Eltern aus bil-
 14 dungsnahen Schichten sich gerade für diese Schu-
 15 len entscheiden und die Schulsegregation abgemil-
 16 dert wird, brauchen Schulen, wie die Anna-Lindh-
 17 Grundschule, die für eine gute pädagogische Arbeit not-
 18 wendigen Raumkapazitäten und Rahmenbedingungen.
 19 Schulprofile helfen zudem, Schulen attraktiver zu ma-
 20 chen und Eltern und Kinder aus unterschiedlichen Bil-
 21 dungsschichten an eine Schule zu holen. Solche lang-
 22 fristig durch die Schulen aufgebaute erfolgreiche Pro-
 23 file dürfen auch bei Kapazitätsproblemen nicht leicht-
 24 fertigt durch das Schulamt aufgegeben werden. Die
 25 Streichung der Hochbegabtenzüge an der Anna-Lindh-
 26 Grundschule ist somit nicht hinnehmbar. Ein minima-
 27 ler Kapazitätswachst für den Bezirk, der dadurch ent-
 28 steht, macht den Verlust des qualitativen Alleinstel-
 29 lungsmerkmals des Standortes nicht wett.

30 **A22/I/2018**

31 **Mitte der KDV auf Vorschlag der Abt. 16 (Grünes Drei-**
 32 **eck)**

33 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

34

35 **Wahlkampf türkischer Politiker*innen in Deutschland**
 36 **grundrechtskonform gestalten!**

37 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte
 38 möge beschließen,

39 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokrati-
 40 schen Mitglieder des Kabinetts werden aufgefordert, im
 41 Rahmen der bevorstehenden Neuwahlen in der Türkei
 42 darauf hinzuwirken, dass

- 43 1. Die Bundesregierung im Einklang mit den euro-
 44 päischen Grundwerten und in enger Absprache
 45 mit ihren europäischen Partnern eine einheitliche
 46 Position bezüglich der Genehmigung von türki-
 47 scher Wahlveranstaltungen formuliert. Besondere
 48 Berücksichtigung muss dabei die Medien- und Mei-
 49 nungsfreiheit sowie die ausgewogene Repräsenta-
 50 tion demokratischer türkischer Parteien finden.
- 51 2. Länder und Kommunen beim Umsetzen dieser Po-
 52 sition unterstützt werden.

53

54

55 **Begründung**

56 Am 18. April hat Erdogan Neuwahlen in der Türkei

1 angekündigt. Die politischen Beweggründe hierfür
2 erscheinen eindeutig: Nach einem Referendum zu-
3 gunsten einer Umwandlung des türkischen Staates
4 in ein Präsidialsystem, die erst nach Neuwahlen in
5 Kraft tritt, zielt der türkische Staatspräsident Recep
6 Tyyip Erdogan (StP) auf eine zügige Konsolidierung der
7 eigenen Macht.

8 Seit dem Militärputsch im Juli 2016 haben sich die in-
9 nenpolitischen Verhältnisse in der Türkei weiter zuge-
10 spitzt. Auf den Putsch folgte eine großangelegte Ver-
11 haftungswelle, der nicht nur Angehörige der türki-
12 schen Streitkräfte, sondern auch Staatsanwälte, Rich-
13 ter*innen, Journalisten, Mitarbeiter*innen von Nicht-
14 Regierungs-Organisationen und weitere Mitglieder der
15 Zivilgesellschaft zum Opfer fielen.

16 Die Konzentration der Medien in und um die Person des
17 StP Erdogan, die Verhaftung führender Oppositionspo-
18 litiker*innen (insbesondere der kurdischen HDP), aber
19 auch die häufigen Verbote politischer Veranstaltungen
20 von Oppositionsparteien sowie die erratisch agierende
21 Justiz lassen Zweifel an der Substanz von Medien- und
22 Meinungsfreiheit und dem türkischen Rechtsstaat auf-
23 kommen. Beides sind jedoch zwingende Grundbedin-
24 gungen für eine funktionierende Demokratie.

25 Bereits im Rahmen des Referendums gab es großan-
26 gelegte Wahlveranstaltungen in Deutschland, bei de-
27 nen insbesondere die Regierungspartei AKP auf eine
28 Mobilisierung von in Deutschland lebenden türki-
29 schen Staatsangehörigen und deutschen Staatsange-
30 hörigen mit türkischer Migrationsbiografie zugunsten
31 einer Umwandlung abzielte. Dabei hat sich die Bundes-
32 regierung zunächst nur zögerlich positioniert und über-
33 ließ die Genehmigung derartiger Veranstaltungen Län-
34 dern und Kommunen. Die dabei entstandene Inkonsis-
35 tenz, die zu heftigen und teilweise emotionalen De-
36 batten führte, nahm sie billigend in Kauf. Gleichzei-
37 tig ließ sie kaum Anstrengungen erkennen, sich mit
38 ihren europäischen Partnern auf einen gemeinsamen
39 Umgang mit Wahlveranstaltungen ausländischer Re-
40 gierungsvertreter*innen in der EU zu einigen. Auch die-
41 ses Verhaltensmuster zeugt von falsch verstandener Zu-
42 rückhaltung.

43 Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-
44 ten stellt das Abhalten freier Wahlen eine unabding-
45 bare Bedingung für eine funktionierende Demokratie
46 dar. Selbstverständlich begrüßen wir die Beteiligung
47 von Türkinnen und Türken und türkischstämmigen Mit-
48 bürger*innen in Deutschland an demokratischen Pro-
49 zessen in der Türkei. Dazu gehören auch politische In-
50 formationsveranstaltungen, in deren Rahmen sich die
51 Wählerinnen und Wähler ein differenziertes Bild der
52 politischen Situation in der Türkei machen können.
53 Grundlage für die Genehmigung dieser Veranstaltun-
54 gen müssen aber die Grundwerte der Europäischen Uni-
55 on sein, die eine freie Meinungsbildung in einer aus-
56 gewogenen Medienlandschaft fordern. Externer politi-
57 scher Druck, einseitig Veranstaltungsgenehmigungen
58 auszusprechen, die Forderung nach dem Verbot von
59 Oppositionsveranstaltungen oder die öffentliche Diffa-

- 1 mierung politischer Gegner als Terroristen sind mit dem
2 europäischen Wertekanon unvereinbar.

3 **A23/I/2018**

4 **Mitte der KDV**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

7

8 **Für die Familienzusammenführung – gegen weitere**
9 **Hürden**

10

11 Wir fordern die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung
12 sowie die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, in den
13 Verhandlungen für ein Gesetz für die Wiederein-
14 führung der Familienzusammenführung dafür Sorge
15 zu tragen, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte
16 Rahmen umgesetzt und keine weiteren Hürden aufge-
17 baut werden.

18

19 **Begründung**

20 Die SPD steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik.
21 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen
22 müssen, muss Schutz gewährt werden. Deshalb sind
23 für uns das Grundrecht auf Asyl sowie die Grund-
24 sätze der Genfer Flüchtlingskonvention unantastbar,
25 deshalb wollen wir die Fluchtursachen und nicht
26 die Flüchtlinge bekämpfen und deshalb stellen wir
27 uns zuallererst die Frage, wie Integration und Zu-
28 sammenleben gelingen können anstatt über weitere
29 Maßnahmen zur Abschottung zu philosophieren.
30 Dies alles widerspricht aus unserer Sicht nicht einer
31 geordneten Einwanderungspolitik.

32 Mit dem mit der CDU / CSU vereinbarten Koalitionsver-
33 trag hat die SPD im Bereich der Flüchtlings- und In-
34 tegrationspolitik insbesondere auf Verlangen der CSU
35 Kompromisse eingehen müssen, die für diese Maß-
36 stäbe der Sozialdemokratie das Maximum an Kom-
37 promissfähigkeit bedeuten. Dies betrifft insbesondere
38 die gefundenen Regelungen zur Familienzusammen-
39 führung.

40 Für die SPD ist der Schutz der Familie – und damit die Er-
41 möglichung des Zusammenlebens – ein Grundrecht.
42 Wir möchten, dass Kinder mit ihren Eltern aufwachsen
43 und wir möchten, dass Ehepaare zusammen leben
44 können. Diese Maßstäbe gelten für uns als Familienpar-
45 tei für alle Familien. Das Zusammenleben von Famili-
46 en ist für uns ein Menschenrecht. Deshalb ist es rich-
47 tig, dass wir mit dem Koalitionsvertrag die Familienzu-
48 sammenführung wieder grundsätzlich ermöglichen.
49 Sie ist auch förderlich für die Integration. Wir sind über-
50 zeugt: Eine vereinte Familie gibt Halt im neuen Leben.
51 Mit dem Koalitionsvertrag haben sich die Koalitions-
52 partner auf einen eindeutigen Rahmen für die ge-
53 setzliche Neuregelung der Familienzusammenführung
54 geeinigt. Vor diesem Hintergrund ist der Gesetz-
55 entwurf des Ankündigungsministers Seehofer für die
56 SPD nicht zustimmungsfähig. Für die SPD gilt der Ko-

1 alitionsvertrag, für die CSU offensichtlich nicht. Denn
2 die Inhalte von gemeinsamen Gesetzesentwürfen müs-
3 sen sich am Koalitionsvertrag und nicht an bayri-
4 schen Landtagswahlen bemessen. Es ist nicht akzep-
5 tabel, dass mit einer gesetzlichen Regelung weitere
6 Hürden aufgebaut werden, die über den im Koaliti-
7 onsvertrag vereinbarten Rahmen hinausgehen und da-
8 mit aus Sicht der CSU dazu beitragen sollen, die Fa-
9 milienzusammenführung weiter zu erschweren wenn
10 nicht gar in vielen Fällen unmöglich zu machen.